

Holzarbeiter-Zeitung

Nr. 26
38. Jahrgang

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Berlin,
28. Juni 1930

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. / Der Bezugspreis beträgt monatlich 50 Pfennig. Im Bezahlen durch sämtliche Postanstalten. Die Mitglieder des Verbandes erhalten die Zeitung unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kasper, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Am Adlonischen Park 2.
Telefon: Amt Jannowitz 6246.

Geschäftsanzeigen werden nach Tarif berechnet.
Verbandsanzeigen 50 Pfennig die Millimeterzeile.
Verbandsanzeigen 30 Pfennig die Millimeterzeile.

Nach der Kündigung der Lohnabkommen.

Unsere vorige Nummer war bereits im Druck, als am 14. Juni bei unserem Verbandsvorstand das Schreiben des Arbeitgeberverbandes der deutschen Holzindustrie einging, welches die Kündigung der Lohnabkommen ausspricht. Dieses Schreiben ist sehr kurz gehalten; es hat folgenden Wortlaut:

„Wir kündigen hiermit entsprechend Ziffer 7 des Schiedsspruches über die tariflichen Etlöhne vom 5. Juni 1929 in Verbindung mit § 18, Absatz 2 des Mantelvertrages das Lohnabkommen und die dazu abgeschlossenen bezirklichen Lohnsätze zum 1. August 1930.“

Es erscheint angebracht, einige Bemerkungen zu der Rechtslage zu machen, wie sie sich nach der Kündigung der Lohnabkommen auf Grund des geltenden Tarifvertrages ergibt. Der Schiedsspruch über die tariflichen Etlöhne ist ein Bestandteil des Mantelvertrages für das deutsche Holzgewerbe, der am 5. Juni 1929 mit dem Arbeitgeberverband der deutschen Holzindustrie und des Holzgewerbes abgeschlossen wurde. Der Mantelvertrag selbst wird durch die Kündigung nicht berührt. Er gilt bis zum 15. Februar 1931 und bleibt ein weiteres Jahr in Kraft, wenn er nicht bis zum 15. November 1930 gekündigt wird. Die jetzt erfolgte Kündigung bezieht sich nur auf die zentral vereinbarten Etlöhne und die auf diesen basierenden bezirklichen Lohnabkommen.

Über die Formen, in welchen die Lohnbildung erfolgt, enthält der Mantelvertrag ins Einzelne gehende Vorschriften. Die tariflichen Etlöhne für die einzelnen Bezirke werden in zentralen Verhandlungen zentral festgesetzt. Die so zustande gekommenen tariflichen Etlöhne bilden die Grundlage der Lohnbildung. Zur Hilfeleistung bei den zentralen Lohnverhandlungen ist ein Lohnamt vorgesehen. Es besteht aus je fünf Vertretern von jeder Vertragspartei und dem unparteiischen Vorsitzenden, über den sich die Zentralvorstände von Fall zu Fall einigen. Sie können seine Auswahl auch dem Reichsarbeitsministerium überlassen. Das Lohnamt ist verpflichtet, einen Schiedspruch abzugeben, wenn bei den Verhandlungen eine Einigung nicht zustande kommt. Ein Schiedsspruch ist auch dann abzugeben, wenn eine Partei trotz rechtzeitiger Ladung nicht erschienen ist oder wenn sie nicht verhandelt.

Bei den zentralen Lohnverhandlungen geht es um die tariflichen Etlöhne. Von diesen werden die Tariflöhne für die verschiedenen Berufsgruppen und Altersklassen nach den im Mantelvertrag enthaltenen Schlüsseln abgeleitet. Die den bezirklichen Vertragsparteien obliegende Aufgabe der Festsetzung des bezirklichen Lohnsatzes ist somit nur noch ein Rechenezempel auf Grund der Elemente, die von den zentralen Instanzen gegeben werden. Die Bezirkslohntarife werden wirksam mit der Unterzeichnung des zentralen Verhandlungsergebnisses durch die zentralen Vertragsparteien. Der in dem Kündigungsschreiben erwähnte § 18, Absatz 2 des Mantelvertrages lautet: „Die Kündigung der bezirklichen Lohnsätze kann nur durch die zentralen Vertragsparteien für sämtliche Bezirksvertragsgebiete gemeinsam erfolgen.“

Der Schiedsspruch über die tariflichen Etlöhne vom 5. Juni 1929 befristet die Geltungsdauer der Lohnabkommen bis zum 1. August 1930 mit einer sechswöchigen Kündigungsfrist. Die Kündigung ist vom Vorstand des Arbeitgeberverbandes rechtzeitig erfolgt, und damit laufen die bezirklichen Lohnabkommen im Bereiche des Mantelvertrages für das deutsche Holzgewerbe am 1. August ab. Eine besondere Kündigung durch die bezirklichen Vertragsparteien ist nicht erforderlich und ebenso kann auch eine Erneuerung der Lohnabkommen nur in zentralen Verhandlungen erfolgen.

Man darf mit Recht nach den Gründen fragen, die den Arbeitgeberverband zur Kündigung der Lohnabkommen veranlaßt haben. Er selbst hat sich dazu noch

nicht geäußert. Da er eine Erhöhung der Tariflöhne sicher nicht vorschlagen wird und hierzu eine Kündigung der Lohnabkommen ebensowenig erforderlich gewesen wäre wie zu einer bloßen Verlängerung der geltenden Tarife, bleibt nur die Absicht des Lohnabbaues. Bei dieser Absicht wird es, um das gleich vorwegzunehmen, auch sein Bewenden haben. Daß der Deutsche Holzarbeiter-Verband für einen Lohnabbau zu haben sein wird, glaubt man doch wohl im Arbeitgeberverband selbst nicht.

Der Beschluß, die Lohnabkommen zu kündigen, ist in einer am 13. Juni abgehaltenen Vertreterkonferenz des Arbeitgeberverbandes gefaßt worden. Über die Forderungen, die er für die Erneuerung der Abkommen erheben will, soll in der Mitgliederversammlung beschlossen werden, die der Arbeitgeberverband auf den 27. und 28. Juni nach Detmold berufen hat. Es ist unseres Amtes nicht, uns den Kopf darüber zu zerbrechen, welche Ergebnisse die Detmolder Tagung zeitigen wird. Aber wir dürfen wohl in aller Bescheidenheit Zweifel darüber äußern, ob die Vertreterkonferenz des Arbeitgeberverbandes gut beraten war, als sie ihren Kündigungsbeschluß faßte. Uns will es scheinen, als hätte der Arbeitgeberverband schon aus organisatorischen Erwägungen Ursache gehabt, den Apparat nicht aufzuziehen, der eine notwendige Begleiterscheinung der Verhandlungen über die Erneuerung der Lohnabkommen ist. Aber das sind Dinge, die der Arbeitgeberverband mit sich selbst abmachen muß.

Durch den Beschluß der Vertreterkonferenz ist die Mitgliederversammlung des Arbeitgeberverbandes gewissermaßen präjudiziert. Voraussichtlich wird sie ihren Vorstand beauftragen, ein neues Abkommen mit niedrigeren Löhnen zu vereinbaren. Die zurzeit in der Öffentlichkeit so lebhaft geführte Diskussion, das Geschrei gewisser Kreise, die in der Herabsetzung der Löhne und der Zerstückelung der Kaufkraft der Massen das beste Mittel erblicken, die daniederliegende Wirtschaft in Gang zu setzen, wird auch bei dem Teil der Unternehmer der Holzindustrie starken Widerhall finden, der Neigung zur Scharfmacherei hat und es verschmäht, sich über die Konsequenzen schneidiger Beschlüsse den Kopf zu zerbrechen.

Es liegt uns fern, diese Unbelehrbaren in ihren Entscheidungen beeinflussen zu wollen. Wir dürfen aber

wohl daran erinnern, daß in letzter Zeit in einer Reihe wichtiger Gewerbe, wir nennen das Baugewerbe, die graphischen Berufe, die Bekleidungsindustrie, die geltenden Lohnabkommen für kürzere oder längere Zeit verlängert wurden. Wer der Meinung ist, daß angesichts dieser Tatsachen, von anderen Momenten ganz abgesehen, der Deutsche Holzarbeiter-Verband dazu zu haben sein werde, in einen Abbau der Tariflöhne zu willigen, verfügt über ein außerordentliches Maß von Naivität.

Gewiß, die Geschäftslage ist schlecht, die Zahl der arbeitslosen Holzarbeiter ist sehr groß. Aber trotzdem haben wir keinen Zweifel, daß unsere Kollegen erforderlichenfalls auf dem Posten sein werden. Die Unternehmer sind es, die immer wieder betonen, daß gerade wegen des schlechten Geschäftsganges das Gewerbe nicht beunruhigt werden dürfe. Sie haben selbst durch die Kündigung Unruhe heraufbeschworen und sie werden auch die Folgen zu tragen haben. Ob angesichts der von der Gegenseite erfolgten Kündigung unser Verband einer unveränderten Erneuerung der Lohnabkommen zustimmen wird, ob und welche Forderungen unsererseits erhoben werden, darüber wird entschieden werden, wenn der Aufmarsch der Unternehmer vollendet ist.

Unsere Kollegen müssen sich für alle Fälle bewußt sein, daß wir uns im Zustande erhöhter Alarmbereitschaft befinden. Das besagt, daß die Bemühungen zum Ausbau und zur Stärkung der Organisation auf das äußerste gesteigert werden müssen. Die Möglichkeit liegt nahe, daß da und dort Unternehmer versuchen werden, sich der Erfüllung ihrer Vertragspflichten zu entziehen. Dem muß mit der erforderlichen Ruhe, aber mit der gebotenen Entschiedenheit entgegengetreten werden. Wir lassen uns nicht provozieren, aber wir halten uns bereit, auf den Wind der Organisation den Kampf aufzunehmen gegen jeden Angriff auf unsere Lebenshaltung.

Wetterleuchten.

Nur wenige Wochen sind vergangen, seitdem die Bürgerblockregierung Brüning mit überschwänglicher Freude begrüßt wurde. Aber die ihr so reichlich gespendeten Vorschulorbeeren sind schnell verdorrt. In den zum Regierungsblock gehörenden Parteien wird die Erkenntnis immer deutlicher, daß man sich ganz unnützlich politisch prostituiert hat, als man den zum Teil geradezu widersinnigen Forderungen der kleinen Splitterparteien nachgab, deren Stimmen im Reichstag notwendig waren für den Versuch, gegen die Sozialdemokratie zu regieren.

Es kracht im Gebälk! Der Rücktritt des Reichsfinanzministers Moldenhauer ist ein deutliches Menetekel für die Regierung Brüning. Man hat ihn halten wollen, wollte den Reichspräsidenten Hindenburg bemühen, seine Autorität als Retter für den Bürgerblock einzusetzen. Der Versuch ist unterblieben. Am 20. Juni meldeten die Blätter, daß sich der Reichsanzler nach einer Unterredung mit dem Führer der Volkspartei, Dr. Scholz, davon überzeugt habe, daß der Finanzminister Dr. Moldenhauer nicht zu halten sei. Das heißt mit anderen Worten, der volksparteiliche Minister ist von seinen eigenen Parteifreunden gestürzt worden.

Der Fall Moldenhauer ist eine böse Meute. Anfang Mai hatte der Reichsfinanzminister stolz verkündet, daß der Fehlbetrag im Reichshaushalt völlig gedeckt und damit die Grundlage für eine Steuerentlastung im Jahre 1931 geschaffen sei. Wenige Wochen später mußte er die betäubliche Feststellung treffen, daß die Notwendigkeit bestehe, noch für die Riesensumme von 750 Millionen Mark Deckung zu schaffen. Nun ging man auf die Suche nach Deckungsmitteln. In erster Linie sollen die Leistungen der Arbeitslosenversicherung gründlich abgebaut, dabei aber die Beiträge stark erhöht werden. Den Abbau der Leistungen bewilligen die Besitzbürger gern, peinlich ist ihnen aber die Erhöhung der Beiträge, die doch die Unternehmer zur Hälfte zahlen müssen. Um ihnen diese Last zu erleichtern, sollen auch die Leistungen der Krankenkassen energisch beschnitten werden. Damit hofft man, die Beiträge für die Krankenkassen senken zu können. Ein wichtiger Bestandteil des Moldenhauerischen Deckungsprogramms ist das Kottopter, das von den Beamten und Festangestellten gefordert wird, die der Arbeitslosenversicherung nicht unterliegen.



Dabei soll aber von einer Erhöhung der Steuern, die auch die wirklich Besitzenden energisch ansieht, abgesehen werden. Herr Dr. Moldenhauer kennt seine Klassengenossen und er weiß, daß der Patriotismus, dessen sie sich so gern mit heller Begeisterung rühmen, nur gerade bis zum Geldbeutel reicht. Wird der in Anspruch genommen, dann werden die „Patrioten“ ungemütlich und verschleiben ihr Geld ins Ausland, um es vor dem Zugriff der deutschen Steuerbehörden zu schützen.

Gegen die Belastung der Arbeiter haben die Besitzbürger, deren Interessen von der Volkspartei am nachdrücklichsten wahrgenommen werden, keine Bedenken, aber das Notopfer ist eine harte Nuß für diese Partei. Die Beamten haben gegen den Gedanken, auch sie zur Mittragung der Lasten für die ungeheure Arbeitslosigkeit heranzuziehen, unter welcher die Arbeiterschaft so fürchterlich leidet, energisch Front gemacht. Das hat der Volkspartei einen starken Schreck eingejagt. Ihre Wahlausichten würden sich erheblich verschlechtern, wenn ein volksparteilicher Finanzminister die Verantwortung für die Belastung der Beamten tragen müßte. Deshalb muß Moldenhauer weichen.

Die Volkspartei, die zurzeit eine Schlüsselstellung in der Regierungskoalition einnimmt, ist auch die Partei der industriellen Scharmacher, die den augenblicklich wehenden Wind für außerordentlich geeignet halten zu einem Generalangriff auf die Lebenshaltung der Arbeiter. Das wird auch bestätigt durch einen Bericht, den die volksparteiliche „Kölnische Zeitung“ über die augenblickliche politische Situation veröffentlicht. Es heißt dort:

„Die Gegensätze zwischen der (volksparteilichen) Fraktion und Moldenhauer haben sich jedoch wieder verschärft, da die Fraktion mehr und mehr unter die Führung der Industrievertreter geriet, die die Moldenhauerschen Vorschläge grundsätzlich ablehnen, da sie eine Sanierung der Finanzen von der Steuerlast her als hoffnungslos ansehen und statt dessen eine Entlastung der Wirtschaft durch Abbau von Löhnen und Gehältern durchführen wollen. Bei ihnen hat sich der Gedanke durchgesetzt, daß dieser Abbau auch auf gesellschaftlichem Wege durchgeführt werden könne und müsse, indem der Reichstag ein Gesetz beschließt, das die langfristigen Tarifverträge aufhebt. Als Moldenhauer es ablehnte, sich auf diesen Weg zu begeben, verschärften sich die Gegensätze noch weiter, und schließlich ließ die Gruppe der Industriellen dem Finanzminister die Aufforderung zu seinem Rücktritt zugehen. Daraufhin bestärkte sich bei ihm die Ansicht, daß seine Fraktion schließlich einen Beschluß fassen werde, der von ihm seinen Rücktritt fordern werde.“

Das ist eine Stimme, die aufmerksame Beachtung verdient, um so mehr, als sie keineswegs vereinzelt ist. Hält man dazu die Vorstöße, die von den Unternehmern in verschiedenen Industriezweigen entnommen werden, die Löhne durch direkte Aktionen abzubauen, dann erkennt man, daß es das Scharmachertum darauf anlegt, eine Panikstimmung zu erzeugen, ähnlich wie zur Zeit des völligen Verfalls der Währung im Jahre 1923. Das Ergebnis jener Stimmung war die auf Grund des Ermächtigungsgesetzes erlassene Verordnung über die Arbeitszeit vom 21. Dezember 1923. Der ausgesprochene Zweck jener Verordnung war es, den Unternehmern Hilfe zu leisten bei ihrem Streben, auch ungeachtet geltender Tarifverträge die Arbeitszeit zu verlängern. Den Scharmachern schwebt offenbar eine ähnliche Aktion vor; sie verlangen gesetzliche Hilfe für den Abbau der Löhne.

Der Weg, auf dem die durch den Rücktritt Moldenhauers eingeleitete Regierungskrise gelöst werden kann, ist im Augenblick nicht abzusehen. Um so deutlicher ist die Lohnabbauoffensive des Unternehmertums erkennbar. Nicht genug, daß der Arbeiterschaft immer neue Lasten auferlegt werden, auch direkt will man den Arbeitslohn auf ein unerträgliches Maß senken. Es klingt geradezu wie Ironie, daß der volksparteiliche Finanzminister weichen muß, weil er der Volkspartei noch nicht scharmachertisch genug war. Wir haben gewiß keine Ursache, dem Scheidenden eine Träne nachzuweinen, aber sein Rücktritt beleuchtet bligartig die Situation. Die Arbeiterschaft geht schweren Kämpfen entgegen; sorgen wir dafür, daß wir sie mit Ehren belassen.

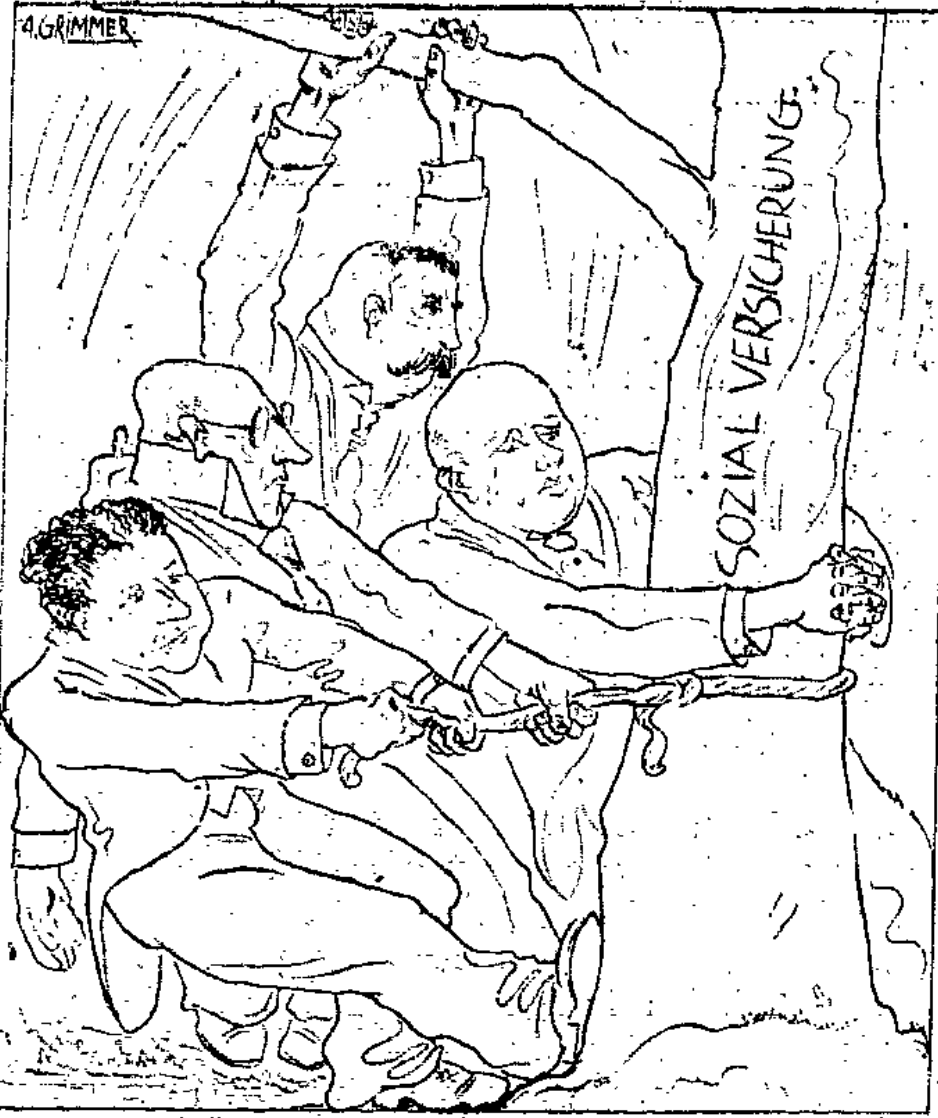
Und die „Kaufkrafttheorie“ ist doch kein leerer Wahn.

Die „Kaufkrafttheorie“ liegt unseren Unternehmern schwer im Magen. Die ersten Garnituren, verhärtet durch getreue Wirtschaftler, sind in Paris gelegt worden, um diese akademische Theorie in Wort und Schrift abzuschlachten. Die Unternehmer haben mit höherem Schärfsinn erkannt, daß die „Kaufkrafttheorie“ nicht nur der schärfste Gegengedanke gegen die schlichte und geheiligte unantastbare deutsche Unternehmerrmelodie der niedrigen Löhne und langen Arbeitszeit ist, sondern daß die Durchlegung dieser Wirtschaftstheorie überhaupt die landläufige Wirtschaftsauffassung im allgemeinen über den Kaufkraft rennen kann. Daher der Generalangriff gegen den verteilten guten und richtigen Gedanken.

Die Mitteilungen des Internationalen Nationalisierungs-Kongresses (Woz. 20.) veröffentlichten einen lebenswerten Beitrag über die neuen Lehren der amerikanischen Wirtschaft: „das New Statesman“, in dem die aus einer amerikanischen Reihe gezeichneten Erfahrungen aufgeführt sind. Der Inhalt des Aufsatzes ist an sich nicht neu, aber er ist umso bewusster beachtet, weil die amerikanische Wirtschaftsauffassung ohne jede Schwärzerei unter Erkennung der schwersten Schwächen dargestellt wird, im ganzen gesehen

aber vor allem die unhaltbare deutsche Unternehmerwirtschaftsauffassung gegenüber den völlig veränderten Verhältnissen deutlich aufzeigt. Wir wissen, daß der amerikanische Kapitalismus ethisch nicht besser ist als der unsrige, sondern nur klüger, und von dem Grundsatz des „Leben und leben lassen“ sich leiten läßt, den der deutsche Kapitalismus bis heute noch nicht begriffen hat.

So geht es nicht!



Wie das Kabinett Brüning die Reichsfinanzen sanieren will.

Der Aufsatz bestätigt die von Tarnow immer wieder mit Recht betonte Tatsache, daß Massenproduktion nicht durchführbar ist, wenn nicht für die Massen produziert wird und für die Massen nicht produziert werden kann, wenn diese kein ausreichendes Einkommen haben. Der Verfasser greift in gewisser Beziehung nicht nur die Unternehmer, sondern auch die deutschen Gewerkschaften an, indem er sagt, daß der Mythos der amerikanischen Wirtschaft insofern von dem der europäischen verschieden ist, weil die Unternehmer niedrige Löhne als vorteilhaft ansehen und die Arbeiter durch ihre Gewerkschaften nur den sogenannten Lebenshaltungslohn fordern, der zwar mehr oder weniger über dem Existenzminimum liegt, jedoch immer durch eine Höchstgrenze beschränkt wird, was in Amerika nicht der Fall ist. Der Verfasser sagt, daß ein nationaler Wohlstand nur dann gegeben ist, wenn das ganze Volk daran teilhat. Es gehe nicht an, daß die Arbeiter sich die Ware, die sie selbst herstellen, nicht auch kaufen können, wenn die Gewinne ausschließlich in die Taschen einiger Bevorzugten fließen. Es gibt in Amerika gierige Geldleute, aber im ganzen gesehen ringt sich die wirtschaftliche Auffassung mehr und mehr durch, daß das Gedeihen der Wirtschaft nur vom Wohlbefinden und von der Wohlhabenheit des Arbeiters abhängt. Wir sind keine Bewunderer des amerikanischen Kapitalismus, aber die amerikanischen Kapitalisten haben im Gegensatz zu den deutschen begriffen, daß, wenn man Waren ablegen will, der Markt nicht auf eine verhältnismäßig kleine Zahl verhältnismäßig reicher Leute beschränkt sein darf, sondern die ganze Nation umfassen muß, und daß dies nur geschehen kann, wenn der Arbeiter ein ausreichendes Einkommen hat und die Waren verbilligt werden können. Wörtlich heißt es in dem Aufsatz:

„Wenn man daran denkt, wie unzuwehmäßig die Gewinne in anderen Ländern verwendet werden sind, wie die Betriebseinrichtungen vernachlässigt, die Preise auf der Höhe gehalten wurden, wie der Arbeiter gemäß der „Zugochsen“-theorie als williger Lohnsklave angesehen wurde, von dem man kaum erwartete, daß er die von ihm selbst gefertigten Waren überhaupt je oder doch nur in kleinsten Mengen kauft, dann wird es nicht überraschen, daß die blinden Anhänger der alten Wirtschaftspolitik nicht vorwärtskommen und daß Amerika sich eines noch nie gesehenen Wohlstandes erfreut, an dem Kapitalist, Arbeiter und Allgemeinheit in gleicher Weise teilhaben.“

Solange die Arbeitskraft in Abereinstimmung mit den alten wirtschaftlichen Lehren als eine zu den billigsten Preisen erhältliche Ware angesehen wird, kann wirtschaftlicher Erfolg für die breiten Massen leicht Elend statt Wohlstand bedeuten, und solange wird der Arbeiter dem Unternehmer feindselig gegenüberstehen. Er wird nur auf von ihm selbst erzwungene Lohnerhöhungen rechnen und statt die Massenproduktion zu fördern, sich ihr eher widersetzen.“

Jeder Satz ist ein Schlag gegen die Auffassung, die heute noch in Unternehmertreuen gang und gäbe ist. Die deutschen Unternehmer liebäugeln jetzt wieder stark mit dem Gedanken, die wirtschaftliche Notlage gegenüber den Gewerkschaften durch Einschränkung der Lebenshaltung der Arbeiter und Angestellten auszunutzen, anstatt vor allen Dingen daran zu denken, die Preise hauptsächlich in den durch die Kartelle kontrollierten Industrien herabzusetzen. Auf diese Weise wird kein Innenmarkt geschaffen, der doch die weitestliche

Voraussetzung für die aufsteigende Wirtschaft ist. Mit Recht wird in dem Aufsatz des „New Statesman“ gesagt:

„Kein europäisches Land hat je ernsthaft versucht, seine inländischen Märkte völlig auszunutzen, und kann es auch gar nicht, wenn seine Bewohner nicht anständig bezahlt werden.“

Diese Sätze umschließen das „offene Geheimnis“ des deutschen wirtschaftlichen Nichtwiederhochkommens. Es steht nicht so aus, als ob der deutsche Kapitalismus aus den Erfahrungen viel gelernt hat, sonst würde er mittels der „Kaufkrafttheorie“ die deutsche Wirtschaft lebens- und kaufkräftig machen. W. S.

Die Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine.

Der kürzlich erschienene Geschäftsbericht der Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine (Hamburg) über das Jahr 1929 gewährt einen interessanten Einblick in die geschäftliche Entwicklung des vielseitigen Wirtschaftsunternehmens der Konsumgenossenschaften des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, denen es gehört. Kein kapitalistischer Konzern, sondern ein wirtschaftliches Kraftzentrum, das die genossenschaftlichen Verbraucherorganisationen zum alleinigen Nutzen der ihnen angeschlossenen Familien sozusagen aus dem Nichts geschaffen und entwickelt haben. Der objektive Volkswirtschaftler sieht mit Bewunderung, die konsumfeindlichen Wirtschaftsparteiler der Händlerorganisationen aber mit Haß und Neid auf diese Schöpfung der genossenschaftlichen Selbsthilfe.

Der Gesamtumsatz des Unternehmens (der Kürze halber GCG. genannt, welche Buchstaben auch das geschützte Warenzeichen der Gesellschaft darstellen) betrug im Jahre 1929 über eine halbe Milliarde, nämlich 501 378 122 Mk. (1928: 444 371 664 Mk.; 1927: 373 041 885 Mk.). Von diesem Umfange entfallen auf die Handelsabteilungen 377 408 652 Mk. (1928: 339 651 157 Mk.; 1927: 309 904 395 Mk.), auf die eigenen Produktionsbetriebe 123 879 470 Mk. (1928: 104 720 506 Mk.; 1927: 83 137 490 Mk.). Die Zahlen zeigen von Jahr zu Jahr gewaltige Fortschritte, und besonders interessant ist das Anwachsen der genossenschaftlichen Gütererzeugung. Denn ihr Anteil am Gesamtumsatz ist gewachsen von 10,93 Prozent (1927) auf 23,57 Prozent (1928) und von da auf 24,71 Prozent (1929). Daß nahezu ein Viertel des Gesamtumsatzes auf die eigene Gütererzeugung entfällt, ist eine Tatsache von wichtigster volkswirtschaftlicher Bedeutung. Denn sie enthält die tatsächliche Möglichkeit der Regelung der Produktion auf der Grundlage der genossenschaftlich organisierten Bedarfsdeckung; sie enthält ferner das stärkste Element zur Kontrolle und Regulierung der Warenpreise in der Privatwirtschaft und damit zugleich den einzigen Widerstandsfaktor gegen die monopolistische Preiswillkür von Industrielkonzernen und Handelsyndikaten.

Darum die immer heftiger werdende Verleumdung der Konsumgenossenschaftlichen Bewegung überhaupt, auf deren Basis die Entwicklung der GCG. beruht, sowohl seitens der Spitzenverbände der Industrie wie des Handels. Was den sinnfälligsten Ausdruck gefunden hat beim Zündholzmonopologesch, wo die 30 000 Kisten Kontingentsleistung der beiden Zündholzfabriken der GCG. mit einer jährlich um 1 130 000 Mk. höheren Reichsabgabe befaßt wurden, als die mengenmäßig gleiche Leistung des internationalen Ivar-Kreuger-Konzerns. Außerdem auch bei der Sonderumsatzsteuer, die nur blödsinnig gegen die deutschen Volks- und Wirtschaftsparteiler gegen die Konsumgenossenschaften ihre Entfaltung zu verdanken hat. Auch das Verbot der Gefrierfleischlieferung ist darauf zurückzuführen, was eindeutig klar die Berliner „Allgemeine Fleischer-Zeitung“ zum Ausdruck brachte, indem sie jenes Verbot bezeichnete als „das radikalste und sicherste Mittel, die Vormachtstellung der Konsumvereine zu brechen oder wenigstens stark zu erschüttern“. Was dieses Verbot für Tausende von Arbeitslosen und minderbemittelten Familien der Konsumgenossenschaften bedeutet, zeigt der Geschäftsbericht der GCG. mit einer Belieferung von rund 10 Millionen Kilogramm Gefrierfleisch an 38 norddeutsche Konsumgenossenschaften mit einem um 35 Prozent niedrigeren Preise als Frischfleisch gleicher Qualität.

Die Fleischwarenfabriken der GCG. hatten einen Umsatz von 24 657 609 Mk. (1928: 1 764 484 Mk.), die Schlachtungen beliefen sich auf 61 159 Schweine und 4242 Rinder und Kälber mit einem Gesamtschlachtgewicht von 6 106 970 Kilogramm. Außerdem wurden 65 Konsumgenossenschaften mit insgesamt 134 490 Stück Schlachtvieh beliefert. Man hat demnach einen im amerikanischen Maßstab tätigen Großbetrieb vor sich, wie er in Deutschland nur auf Konsumgenossenschaftlicher Grundlage durch Ausschaltung des Abschritts denkbar ist.

In ähnlichen Ausmaßen arbeiten noch zirka 40 andere Fabrikations- und Veredlungsbetriebe für den Bedarf der Konsumgenossenschaften bzw. ihrer Mitglieder, worunter u. a. sich ein großes Butter- und Käseunternehmen befindet, in welchem 43 Sennereien im württembergischen und bayerischen Allgäu mit einer Milchlieferung von 20 Millionen Liter beteiligt sind und ein Gesamtumsatz an Butter und Käse von 6 108 700 Kilogramm im Werte von 10 1/2 Millionen Mark erzielt wurde.

Volkswirtschaftlich bedeutsam ist auch die Tatsache, daß die Finanzierung dieses in seiner Eigenart größten Handels- und Produktionsunternehmens in Deutschland vollkommen unabhängig vom privaten Bankkapital durch die Konsumgenossenschaften allein geschieht. Ja, die GCG. hatte im Jahre 1929 bei der sogenannten Preußerkasse in Berlin, die landwirtschaftlichen und gewerblichen Genossenschaften mit Krediten anzuhelfen hat, einen Einlagebestand von rund 15 Millionen Mark, wofür sie und die ganze Konsumgenossen-

schäftliche Bewegung von den kreditbedürftigen händlerischen Mittelständlern in der übelsten Weise bekämpft werden. Der Gesamtsatz der Bankabteilung der GCG. im Giro-, Bank-, Einlagen-, Devisen- und Wechselverkehr betrug im Jahre 1929 3 376 448 000 Mt., also rund 3,4 Milliarden, woraus sich anschaulich die Bedeutung und Größe dieser Handels- und Produktionszentrale der deutschen Konsumgenossenschaften ergibt.

Die Gesamtzahl der Beschäftigten betrug 7446 Personen mit einem Aufwand von 18 297 805 Mt. für Gehälter und Löhne und 1 039 713 Mt. Beiträgen zur Sozialversicherung, außerdem über eine halbe Million Mark Beiträgen für Privatversicherung in der Pensionkasse des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine. Eine soziale Leistung, an die ebenfalls kein privatwirtschaftliches Unternehmen heranreicht. Trotzdem oder gerade deshalb ist die GCG. der verhasste Bauwau aller konsumvereinsfeindlichen Mittelständler und Handels- und Industrie-Syndizats.

Der Überschuf betrug 4 946 369 Mt., wovon den „Aktionären“, die nur Konsumgenossenschaften sind, eine 5prozentige Kapitalverzinsung im Betrage von 740 867 Mt. zufließt, während der „Rest“ von 4 205 502 Mt. den Produktions- und sonstigen Reserven überwiesen wird, um die genossenschaftliche Gütererzeugung noch weiter zu entwickeln. Die Mitglieder der Konsumgenossenschaften können mit größter Genugtuung diese Entwicklung ihres Unternehmens betrachten, das sie in ihrem ureigensten Interesse zu fördern bemüht sein werden.

Der Schiedspruch von Deinhäufen und seine Folgen.

Der wichtigste Inhalt des am 26. Mai gefällten Schiedspruches für die nordwestdeutsche Eisen- und Stahlindustrie war die Aufhebung der sogenannten Everingschen Klausel (in dem Schiedspruch, den Severing zur Beilegung der Absperrung um die Jahreswende 1928/29 gefällt hat), die besagt, daß die Akkordsätze nur gekürzt werden dürfen, wenn technische oder ähnliche Verbesserungen Platz gegriffen haben. Dieser Spruch ermächtigt die Unternehmer zu einem kräftigen Abbau der Löhne. Die Zeitlohnsätze des Tarifvertrages sind so niedrig, daß sie nur durch die Übererdienste bei Akkordarbeit erträglich werden.

Trotz eindringlichster Warnung hat der Reichsarbeitsminister Stegerwald diesen Spruch am 6. Juni für verbindlich erklärt. In der offiziellen Mitteilung über diese Entscheidung heißt es, daß die Unternehmer zugesagt hätten, die Löhne der Arbeiter und auch der Angestellten, die übrigens vom Tarifvertrag gar nicht erfaßt sind, um „nur“ 7 1/2 Prozent abzubauen, statt 10 Prozent, wie sie ursprünglich in Aussicht genommen hatten. Dafür wollen sie die Eisenpreise über das Ausmaß der Lohnersparnis hinaus abbauen. In einer Tagung der christlichen Gewerkschaften in Düsseldorf hat dann Stegerwald mit Pathos erklärt, daß er sich einer einseitigen Belastung der Arbeiter auf das nachdrücklichste widersetzen würde. Tatsächlich hatte er aber durch die Verbindlicherklärung des Schiedspruches die einseitige Belastung der Arbeiter bereits sanktioniert.

Die Eisenindustriellen haben inzwischen ihre Preise herabgesetzt um durchschnittlich etwa 3 Prozent. Das ist aber nichts als ein Bluff, der nur auf ganz naive Gemüter wirken kann. Infolge des Sinkens der Erz- und Schrottpreise und des Preisrückganges auf dem Weltmarkt hätten die Eisenpreise ohnehin, ganz unabhängig von den Löhnen, herabgesetzt werden müssen. Dabei beträgt die Senkung nicht so viel als die Preise binnen Jahresfrist erhöht wurden. In Frankreich und England sind die Eisenpreise um 10 bis 20 Prozent niedriger als in Deutschland, und trotz der Preislenkung bleiben die Inlandpreise noch weit über den Preisen, für welche die deutschen Erzeuger ins Ausland liefern. Alles in allem genommen, bedeutet für die Industriellen die Herabsetzung der Löhne um 7 1/2 Prozent eine Ersparnis, welche weit über den Ausfall hinausreicht, der durch die Preisherabsetzung verursacht wird.

Die Unternehmer sind indessen entschlossen, von der Ermächtigung zum Lohnabbau, die ihnen Stegerwald erteilt hat, ausgiebig Gebrauch zu machen. Sie haben, um den Abbau der Akkordsätze durchzuführen, den in Frage kommenden Arbeitern am 16. Juni gekündigt mit dem Hinweis, daß es sich nur um eine formelle Maßnahme handle. Die Sache hat aber einen kleinen Haken. Die Unternehmer haben wohl nach dem verbindlichen Schiedspruch das Recht, die Löhne herabzusetzen, aber die Arbeiter können nicht verpflichtet werden, für den herabgesetzten Lohn zu arbeiten. Der Beirat des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes hat sich dahin ausgesprochen, daß der Herabsetzung der Löhne mit aller Entschiedenheit entgegengetreten werden müsse. Die Mitglieder sollen sich unter keinen Umständen Abzüge gefallen lassen. Allen Mitgliedern, die sich gegen den Abzug wehren, wird die volle Unterstützung des Verbandes zuteil werden.

Das ist eine Kriegserklärung, welche die Unternehmer der Schwerindustrie nicht leicht nehmen werden. Dadurch, daß sie den Arbeitern gekündigt haben, haben sie sich die Möglichkeit genommen, etwa gegen den Metallarbeiter-Verband mit einer Regreßklage wegen Verletzung der Friedenspflicht vorzugehen. Die betroffenen Arbeiter nehmen eben die Kündigung ernst und sie werden sich weigern, dem Rufe der Unternehmer nach Wiederaufnahme der Arbeit zu reduzierten Löhnen Folge zu leisten. Zwar haben die Unternehmer noch den Trumpf in Händen, daß die Organisation der Arbeiter schlecht ist. Unter den Hochöfen- und Walzwerkarbeitern gibt es verhältnismäßig viele Unorganisierte.

Aber auch hier gilt wie sonst die Regel, daß die Organisation in der Hauptfrage die qualifizierten Arbeiter erfaßt hat. Die Arbeitsverweigerung auch durch eine kleinere Zahl von Arbeitern kann sich in der Produktionsmöglichkeit sehr fühlbar bemerklich machen.

Trotz dem freundlichen Entgegenkommen des Reichsarbeitsministers Stegerwald auf die Lohnabbauwünsche der Unternehmer in Nord-West ist diese Aktion noch keineswegs am Ende. Es kann dort noch interessante Überraschungen geben.

Den Alten zur Ehr'




Heinrich Dieterich.
Seit 30 Jahren Verbandsmitglied, langjähriger Funktionär der Verwaltungsstelle Milheim (Ruhr); jetzt Kassierer.

Andreas Hoffmann.
Seit 32 Jahren Verbandsmitglied, langjähriger Funktionär der Verwaltungsstelle Treuen im Vogtland.

Den Jungen zur Lehr'

Sichtbild im Wohnungsbau?

Der Hauptverband der Baugenossenschaften und vier andere große Wohnungsbauorganisationen hielten unlängst in Frankfurt a. M. eine Tagung ab, die sich mit den notwendigen Maßnahmen zur Bekämpfung des Baumarcktes beschäftigte. Von den vielen und guten Reden verdient die des preussischen Wohlfahrtsministers, Dr. Hirtfelder, besondere Beachtung. Dr. Hirtfelder ist der Meinung, daß von einer völligen Beseitigung der Wohnungszwangswirtschaft und des Mieterschutzes erst dann die Rede sein könne, wenn Nachfrage und Angebot von Wohnungen und die Mieten der Alt- und Neubauwohnungen miteinander in Einklang stehen. Aber auch nach Aufhebung der Zwangswirtschaft werde ein schrankenloses Kündigungrecht des Vermieters nicht mehr angängig sein. An Stelle der Zwangswirtschaft müsse dann ein soziales Mietrecht treten, nach dem ohne triftige Gründe die Miete nicht gesteigert werden kann. Von 1924 bis 1929 sei im Reiche ein Zugang von rund 1,4 Millionen Wohnungen zu verzeichnen. Preußen habe in dieser Zeit 816 000 Wohnungen erbaut und 2,8 Milliarden Mark Hauszinssteuer dem Baumarckte zugeführt. Insgesamt seien in Deutschland von 1924 bis 1926 11 bis 12 Milliarden für Wohnungsbau ausgegeben worden. Der achte Teil der Bevölkerung Deutschlands lebe vom Wohnungsbau. Gegenwärtig bestehe noch ein Bedarf von mindestens 400 000 Wohnungen. Mit einer Beseitigung des Wohnungsmangels sei erst zwischen 1935 und 1940 zu rechnen. Bis dahin bildeten die Erträgnisse der Hauszinssteuer das Rückgrat der Wohnungsbaufinanzierung. Die in den letzten Wochen eingetretene Verflüssigung des Geldmarktes lasse die Hoffnung berechtigt erscheinen, daß in aller nächster Zeit billiges Baugeld zur Verfügung stehe. Dies sei ein Lichtbild im Wohnungsbau. — Wir wollen hoffen, daß Minister Hirtfelder recht behält.

Prozentpatrioten.

Die Klagen über Kapitalmangel sind allgemein. Auf allen Unternehmertagungen wird gejamert, daß den Betrieben das Geld für die Produktion fehle. Um Kapital ins Land zu bringen, werden Auslandsanleihen aufgenommen. Zur selben Zeit aber schaffen die deutschen Kapitalisten ihr Geld ins Ausland. Der Reichsarbeitsminister Stegerwald schätzte kürzlich das im Ausland angelegte deutsche Kapital auf 6 bis 8 Milliarden Mark.

Wie anders würde die deutsche Wirtschaft dastehen, wenn diese Gelder in Deutschland zur Verfügung ständen. Der Grund dafür, daß die Kapitalisten ihr Geld im Ausland anlegen, ist folgender: In Deutschland sind die Steuern höher als in dem neutralen Ausland. Es geht mit dem Geld so ähnlich wie mit dem Fremdenbesuch, man sucht es durch allerhand Manipulationen heranzuziehen. Und da das Ausland, namentlich Holland, Luxemburg und die Schweiz, dem Kapital günstigere Bedingungen bietet, deshalb flieht es dahin, wo weniger Belastungen zu befürchten sind. Es muß aber für alle Zeit angeprangert werden, daß deutsche Kapitalisten gerade in der schwierigsten Zeit ihr Vaterland im Stich gelassen haben und mit dazu beitragen, die Wirtschaft hierzulande in Unordnung zu bringen. Es sind eben Prozentpatrioten.

Die Bevölkerungsbewegung in Deutschland.

Die nun vorliegenden Ergebnisse der deutschen Bevölkerungsstatistik für das Jahr 1929 bestätigen erneut den rapiden Rückgang des Geburtenüberschusses. Nachstehend geben wir eine kleine Übersicht über die wichtigsten Bevölkerungsvorgänge in den Jahren 1928 und 1929, denen zum Vergleich die entsprechenden Zahlen für das Jahr 1913 beigegeben sind.

	Absolute Zahlen			Auf 1000 Einwohner		
	1913	1928	1929	1913	1928	1929
Eheschließungen . . .	513283	587175	589431	7,8	9,2	9,2
Lebendgeborene . . .	1838750	1182815	1146706	26,9	18,6	17,9
Gestorbene (ohne Totgeborene) . . .	1004950	739520	805973	14,8	11,6	12,6
Geburtenüberschuß . .	833800	443295	340733	12,1	7,0	5,3

Hiernach ist die Zahl der Eheschließungen im Jahre 1929 etwas größer gewesen als im Jahre 1928, aber verhältnismäßig erheblich höher als 1913. Das kommt daher, daß gegenwärtig die am stärksten besetzten Geburtsjahrgänge 1900 bis 1910 im heiratsfähigen Alter sind. Die Zunahme der Eheschließungen dürfte deshalb bis zum Jahre 1935 anhalten. Sehr stark ist die Verminderung der Geburten gegenüber dem Jahre 1928, erst recht gegenüber dem Jahre 1913. Während damals auf 1000 Einwohner 26,9 Lebendgeborene kamen, waren es im Jahre 1929 nur 17,9. Einen gewissen Ausgleich gegenüber der Verminderung der Geburten bietet die verminderte Sterblichkeit. Die absteigende Kurve der Sterblichkeit hat aber im Jahre 1929 eine Unterbrechung erfahren. Im Jahre 1928 kamen auf 1000 Einwohner 11,6, im Jahre 1929 aber 12,6 Gestorbene. Das starke Auftreten der Grippe und auch der strengen Winter haben die Sterblichkeit im ersten Vierteljahr außerordentlich anschwellen lassen. Die auf 1000 Einwohner und ein volles Jahr berechnete Sterbeziffer betrug im ersten Vierteljahr 17,0 (1928 = 12,7), während sie in den folgenden Vierteljahren mit 12,1 (1928 = 12,1), 10,5 (10,5) und 10,9 (11,2) eher etwas niedriger war als im Vorjahr. Bei den Geburtenziffern brachte das vierte Vierteljahr die stärkste Verminderung. Die zahlreichen Erkrankungen, die im ersten Vierteljahr die erhöhte Sterblichkeit verursachten, haben auch die Zeugung ungünstig beeinflusst.

Gestiegene Sterblichkeit und Geburtenrückgang haben bewirkt, daß der Geburtenüberschuß im Jahre 1929 nur 340 733 oder 5,3 auf 1000 Einwohner beträgt. Im Laufe des Jahres 1929 hat sich die Bevölkerung Deutschlands durch nachgewiesene Auswanderung um 47 966 vermindert. Unter Berücksichtigung dieser Zahl ist die Einwohnerzahl ohne Saargebiet im Jahre 1929 von 63 811 000 auf 64 104 000 gestiegen. Die Gesamtbevölkerung Deutschlands mit Einschluß des Saargebiets betrug Ende 1929 rund 64,9 Millionen.

Wildgewordene Innungsmänner.

Der Unfug der Innungsrankenkassen treibt immer tollere Blüten. Nicht genug damit, daß die Behörden ruhig zusehen, daß immer neue Innungsrankenkassen gegründet werden, meistens sogar in Orten, wo die Zahl der Mitglieder knapp die eines vollzähligen Regelklubs übersteigt. Die Behörden sehen auch tatenlos zu, wie die Innungsmänner die Arbeiter unter Anwendung wirtschaftlicher Kampfmittel zwingen wollen, der Innungsrankenkasse beizutreten. Gegenwärtig spielt sich ein solcher Kampf im Geraer Baugewerbe ab. Die Gründung der Innungsrankenkasse erfolgte hier gegen den Willen der Bauarbeiter. Nachdem die Unternehmer ihren Plan durchgeführt hatten, haben die Arbeiter sich einer Ersatzkasse angeschlossen, wozu sie gesetzlich berechtigt sind. Die Unternehmer wollen aber, daß die Arbeiter Mitglied der Innungsrankenkasse werden. Als diese bei ihrer Weigerung blieben, wurden sie ausgesperrt. In dem Rundschreiben der Geraer Zwangsinnung für das Baugewerbe vom 28. April 1930 an ihre Mitglieder heißt es unter anderem:

„Was hätte unsere ganze Organisation für einen Zweck, wenn ein durch die Gewerkschaft herbeigeführter Beschluß unserer Arbeitnehmer zur Folge hätte, ein seit zwei Jahren verfolgtes Ziel im letzten Augenblick fallen zu lassen, nachdem es gelungen ist, dasselbe zu erreichen! Arbeitnehmer, die glauben, sich herausnehmen zu können, ihrem Brotherrn eine Bescheinigung vorzulegen, daß sie einer Ersatzkasse beigetreten sind, müssen sofort entlassen und neue Arbeitnehmer nur unter der Bedingung eingestellt werden, wenn sie sich bereit erklären, der Innungsrankenkasse anzugehören.“

Dieses Schreiben räumt mit erfreulicher Klarheit mit dem Märchen auf, daß die Gründung von Innungsrankenkassen im Interesse der Arbeiter liege. Nein, die Unternehmer brauchen sie als Stützpunkte ihrer morschen Organisation und als Kampfmittel gegen die Arbeiter, wenn sie nicht so wollen wie ihre „Brotherrn“. Vielleicht öffnet dieser Vorfall den Behörden endlich die Augen über den wahren Sinn und Zweck der Innungsrankenkassen.

Sozialistische Schulungstour.

Der Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit veranstaltet auch in diesem Jahre in Verbindung mit den Bezirksbildungsausschüssen eine Anzahl von Schulungstouren. Die je eine Woche dauern und die den Mitgliedern der sozialistischen Arbeiterorganisationen die Möglichkeit bieten, unter sachkundiger Leitung sich in ein bestimmtes Fragegebiet zu vertiefen. Die Kurse finden in schon geeigneten Heimaten statt. Die Teilnehmergebühr beträgt für jeden Kursus 5 Mt. Anmeldungen für die Kurse sind entweder an das Sozialdemokratische Parteisekretariat des betreffenden Bezirks oder an den Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, zu richten.



Aus dem Verbandsleben



Bekenntnisse einer schönen Seele.

Der Verein Thüringischer Holzindustrieller hat am 21. Mai seine ordentliche Mitgliederversammlung abgehalten, über deren Ergebnisse der Geschäftsführer, Herr Syndikus Neuhoff, die Mitglieder in einem längeren Rundschreiben unterrichtet. Er teilt darin mit, daß beschlossen worden sei, das Lohnabkommen zum 1. August zu kündigen und „die beabsichtigten Abbaustrebungen zur Durchführung zu empfehlen“. Weiter wird über die Verhandlungen mit den Vertretern der thüringischen Behörden und des Reichsarbeitsministeriums über den Antrag auf Allgemeinverbindlichkeitsklärung des Lohnabkommens berichtet und der, wie sich gezeigt hat, begründeten Erwartung Ausdruck gegeben, daß das Lohnabkommen nicht für allgemeinverbindlich erklärt wird. Auch eine andere interessante Beobachtung hat Herr Neuhoff bei diesen Verhandlungen gemacht:

„Man scheint auch seitens der Reichsregierung nun endlich die verfehlten Maßnahmen in der Lohnpolitik eingesehen zu haben, so daß in dem Bestreben, der schwer daniederliegenden Wirtschaft zu helfen, wohl die Gefahr der Schaffung von Zwangstarifen bedeutend eingedämmt sein dürfte.“

Herr Neuhoff denkt auch an alles; so rühmt er, daß er gegen die Allgemeinverbindlichkeit des Lohnarifs für das Baugewerbe Einspruch erhoben habe. Er hat auch gefunden, daß die Bauarbeiter schon seit Monaten eingesehen haben, daß es besser sei, für 80 bis 90 Pf. zu arbeiten, statt zu dem Tariflohn von 1 Mk. bis 1,25 Mk. Von den Bauarbeitern kommt er auf die Holzarbeiter.

„Auch die Holzarbeiterchaft muß erkennen, daß die katastrophale Arbeitslosigkeit nur dann eingedämmt werden kann, wenn auch in der Möbelindustrie und im Tischlereigewerbe die Zurücklegung der Gestehungspreise erfolgen kann, was zur Voraussetzung macht, daß das Lohnniveau wieder auf dasjenige Maß zurückgeführt wird, das vor Abschluß des letzten Tarifvertrages Gültigkeit hatte. Es ist auch bei den meisten Betrieben in Ansehung der langen Aussehperioden unmöglich, die Lasten der Ferienbewilligung aufzubringen, nachdem das Bedürfnis für die Feriengewährung durch die verkürzte Beschäftigungszeit im Laufe des Jahres in Fortfall gekommen ist.“

Und nun ist der gute Neuhoff in seinem Element. Er weiß, daß nach dem Rechtsgrundsatz von der Nachwirkung des Tarifvertrages die seit dem 15. März ununterbrochen beschäftigten Arbeiter Anspruch auf Ferien haben. Als hervorragender Kenner der Psyche der Holzarbeiter hat er jedoch gefunden, daß „ein großer Teil der thüringischen Holzarbeiterchaft eingesehen hat, daß den Unternehmern die Aufbringung der Beträge für die Ferien unmöglich ist, und von der Beanspruchung bezahlter Ferientage Abstand genommen hat“. Wo diese Erkenntnis den Arbeitern nicht von selbst kommt und sie Ferien verlangen, muß ihnen klargemacht werden, daß diese Lasten jetzt nicht mehr aufgebracht werden können und bei ihrer zwangsweisen Durchführung Veranlassung zu weiterem Rückgang der Beschäftigung bieten werden“. Dann heißt es in dem Rundschreiben weiter:

„Es muß auch die Arbeiterchaft jetzt schon darauf hingewiesen werden, daß mit dem Zeitpunkt des Ablaufs des Lohnabkommens eine Herabsetzung der Löhne gefordert werden muß, wenn für die Herbst- und Wintermonate Beschäftigung verschafft werden soll. Die seit Frühjahr 1928 durch den Zwang der Schlichtungsbehörden dem thüringischen Holzgewerbe aufgezwungenen Erhöhungen der Löhne werden, will das Holzgewerbe sich wieder erholen, unbedingt beseitigt werden müssen. Der Verein Thüringischer Holzindustrieller wird bei Ablauf des jetzigen Lohnabkommens von der Arbeiterchaft die Zurücksetzung der Tariflöhne auf die im Sommer 1928 gültig gewesene Lohnstapel verlangen müssen, also eine Herabminderung der Lohnsätze um rund 10 Prozent. Es ist der Arbeiterchaft hierbei klarzumachen, daß das geringste Opfer eines unprozentigen Lohnablasses von ihr unbedingt übernommen werden muß, um aus der katastrophalen Arbeitslosigkeit herauszukommen. Es muß ihr jedoch auch klargemacht werden, daß die Unternehmerchaft weit größere Opfer bringt, um überhaupt die Existenz des Gewerbes zu sichern.“

Es wäre ein Verzicht auf untauglichen Objekt, wollte man sich mit Herrn Neuhoff auf volkswirtschaftliche Auseinandersetzungen einlassen. Nur eine Frage sei gestattet: Glaubt Herr Neuhoff wirklich Beschäftigungsmöglichkeit garantieren zu können, wenn die Löhne herabgesetzt werden? Glaubt er wirklich, daß der herrschende Arbeitsmangel eine Folge der hohen Löhne ist? So wie wir Herrn Neuhoff kennen, wird diese Frage gottsfürchtig und dreist mit Ja beantwortet. Deshalb gleich eine weitere Frage: Wenn der Beschäftigungsgrad von der Höhe der Löhne abhängt, wie kommt es, daß die Arbeitslosigkeit in Thüringen am größten ist, obwohl hier die Löhne am tiefsten liegen?

Herr Neuhoff ist ein begeisterter Anhänger der verrückten Theorie, daß die Verminderung der Kaufkraft der Massen das beste Mittel ist, die Wirtschaft zu beleben. Mit solchen Glaubenssätzen ist natürlich nicht zu diskutieren. Das

Rundschreiben des Herrn Neuhoff hat aber das Gute, daß es die scharfmacherischen Pläne der Holzindustriellen liehen, dann würde dies den Übermut der Scharfmacher erst recht stärken. Das Rundschreiben des Herrn Neuhoff muß unsere Kollegen erst recht veranlassen, sich zusammenzuschließen, um mit vereinter Kraft dem Ansturm der Unternehmer und ihrer Syndizi die Stirne zu bieten.

Streit bei Harras in Böhlen.

Die Firma B. Harras G. m. b. H., Sperrholzfabrik in Böhlen in Thüringen, hat in dem Schlichtungsausschuß für das Land Thüringen, der am 26. Mai in Saalfeld tagte, einen bereitwilligen Helfer für ihre Lohnabbaupläne gefunden. Unter reichlicher Verwendung von salbungsvollem Brei hat dieser Schlichtungsausschuß einen Schiedspruch gefällt, durch welchen die Löhne in der Spitze vom 1. Juni an von 72 auf 65 Pf. herabgesetzt werden. Wir haben hierüber in Nr. 24 der „Holzarbeiter-Zeitung“ berichtet. Die Dinge haben sich dann weiter so entwickelt wie vorausszusehen war. Die Belegschaft hat den Schiedspruch einmütig abgelehnt. Sie hatte keine Neigung, die ihr durch den Schiedspruch zugemutete Rolle der Opferlämmer zu übernehmen, die darauf verzichten, sich satt zu essen, um im Interesse des Ortes Böhlen der Fabrik einen gewinnbringenden Betrieb zu ermöglichen. Vom 12. Juni an wollte die Firma den Lohnabzug durchführen. Sie kündigte das durch Anschlag am Schwarzen Brett an. Gleichzeitig wurde allen Arbeitern das Arbeitsverhältnis gekündigt mit der Maßgabe, daß sie weiterarbeiten können, wenn sie sich mit dem Lohnabzug einverstanden erklären. Die Arbeiter nahmen die Kündigung an, und seit dem 12. Juni ruht der Betrieb.

Vertragsabschlüsse in Pommeren.

Durch Verhandlungen mit der Tischlerei in Belgard ist es erstmalig gelungen, einen Tarifvertrag abzuschließen, durch welchen die Arbeitszeit geregelt und Ferien zugestanden werden. Der Lohn wurde um 3 Pf. erhöht. Der Tariflohn beträgt ab 1. Juni 85 Pf.

Bei der Parkettfabrik Germania in Belgard bedurfte es der Mithilfe des Schlichters für das Zustandekommen eines noch ziemlich primitiven Tarifvertrages. Auch hier wurde der Stundenlohn um 3 Pf. erhöht. Der Lohn der Maschinenarbeiter beträgt 54 Pf., der der Plagarbeiter 53 Pf. Die Akkorde wurden um 2 Prozent erhöht.

In Bütow endete die Bewegung in den Tischlereibetrieben mit einem Schiedspruch des Schlichtungsausschusses, durch welchen Mantelvertrag und Lohnabkommen bis Ende dieses Jahres verlängert wurden.

Allgemeinverbindlich.

Im „Reichsarbeitsblatt“ wird bekanntgegeben, daß der am 17. Januar 1930 abgeschlossene Akkordtarifvertrag, der als Nachtrag zu dem allgemeinverbindlichen Hamburger Bezirkstarifvertrag vom 26. Juni 1929 vereinbart wurde, mit Wirkung vom 1. Mai 1930 an für allgemeinverbindlich erklärt ist.

„Die Bildhauerei.“

Es ist ein erfreuliches Zeichen für den gesunden Geist und das lebhafteste Berufsinteresse, von dem unsere Bildhauerkollegen erfüllt sind, daß die von unserem Verbandsvorstand herausgegebenen Hefte „Die Bildhauerei“ einen so starken Anklang finden. Nun ist wieder ein neues Heft, das erste in diesem Jahre, erschienen. Es enthält über 100 Abbildungen von ausgeführten Arbeiten in Holz und anderem Material. Unser alter Kollege Dupont, der die Herausgabe besorgt, will damit für sein Teil der allzu nüchternen modernen Stilrichtung im Bauwesen und in der Möbelherstellung entgegenwirken und zur stärkeren Verwendung von plastischem Schmuck antreiben. Die dargestellten Arbeiten behandeln ornamentale, neuzeitliche Motive, die geeignet sind, dem ausübenden Bildhauer mancherlei Anregungen zu geben. Auch der figürlich Arbeitende wird wertvolle Vorbilder finden. Das neue Heft wird zweifellos einem ebenso starken Interesse begegnen wie seine Vorgänger. Ein Zeichen dafür, daß der daniederliegende Beruf des Bildhauers nicht tot ist. Zahlreiche seiner Jünger harren des Winkes, der sie zu praktischer Betätigung ruft. Hoffen wir, daß das Interesse für den plastischen Schmuck eine baldige Neubelebung erfährt.

„Die Bildhauerei“ kann durch die Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes bezogen werden. Der Preis des Heftes beträgt 3 Mk. Verbandsmitglieder erhalten es auf Bestellung bei der Ortsverwaltung für 2 Mk.

Mit Laßmann'scher Nummer ist der 26. Monatsbeitrag fällig

Finden Sie, daß das Reichsarbeitsministerium sich richtig verhält?

Die vom Reichsarbeitsministerium geübte Praxis bei der Erledigung von Anträgen auf Allgemeinverbindlichkeitsklärung von Tarifverträgen hat uns in letzter Zeit wiederholt Anlaß zur Kritik gegeben. Wir erinnern an den Bezirkstarifvertrag für das Holzgewerbe in Rheinland-Westfalen, der ohne Prüfung des von unserem Verband erhobenen Einspruches für allgemeinverbindlich erklärt wurde, obwohl dieser Tarifvertrag von einer Minderheitsorganisation abgeschlossen wurde. In schroffem Gegensatz dazu steht der Unfug in Thüringen. Dort hat der Verein Thüringischer Holzindustrieller gegen die Allgemeinverbindlichkeit des von ihm selbst abgeschlossenen Lohnabkommens für die thüringische Holzindustrie Einspruch erhoben. Diesen Einspruch hat das Reichsarbeitsministerium mit einer bewundernswerten Ausdauer geprüft. So lange, bis der vorgesehene Ablaufstermin des Lohnabkommens in die nächste Nähe gerückt war.

Nunmehr hat es das Reichsarbeitsministerium genug sein lassen des grausamen Spiels. Ohne seine tiefeschürfenden Untersuchungen zu Ende geführt zu haben, hat es das Verfahren eingestellt und dem antragstellenden Gauvorsteher in Erfurt von diesem Beschluß Kenntnis gegeben durch ein vom 6. Juni datiertes Schreiben, in dem es zum Schluß heißt: „... und gebe Ihnen anheim, Ihren Antrag zu erneuern, sobald sich die Lohnabkommen für den beruflichen Geltungsbereich im gesamten Tarifgebiet weiter durchgesetzt haben.“ Das ist ein sehr freundlicher Rat, aber er klingt wie blutiger Hohn. Wird der Antrag später erneuert, dann hat das Reichsarbeitsministerium Gelegenheit, die jetzt abgebrochenen Untersuchungen wiederaufzunehmen und sein anmutiges Spiel zu wiederholen.

In dem Schreiben des Reichsarbeitsministeriums wird ausgeführt, daß sämtliche gutachtlich gehörten Stellen die überwiegende Bedeutung des Lohnabkommens verneint hätten. Die eingereichten Unterlagen der Parteien hätten sich widersprochen und auch aus Grund der mündlichen Verhandlungen war ein sicherer Nachweis der überwiegenden Bedeutung nicht zu erhalten. Das lag allerdings nicht an den Antragstellern, sondern an der Voreingenommenheit, mit der die Untersuchungen geführt wurden. Die Angaben der Unternehmer und der Arbeitervertreter widersprachen sich tatsächlich. Das kam daher, daß die Unternehmer allgemeine Behauptungen aufstellten, für die sie sich den Beweis ersparten. Aber die Behördenvertreter glaubten ihnen und sie legten den Beweismitteln der Arbeiter, die unter Namhaftmachung der Firmen und mit genauen Angaben über die Zahl der Arbeiter die unwahren Behauptungen der Gegenseite widerlegten, keine Bedeutung bei. Auf diese Weise hätte man sich die Untersuchung überhaupt ersparen können. Auch von Behörden wurden dem Reichsarbeitsministerium Mitteilungen gemacht. Sie haben ihre Erkundigungen vorsorglich nur bei Unternehmern eingeholt. Dadurch war unser Gauvorsteher in die Lage versetzt, die Unrichtigkeit der amtlichen Auskünfte dokumentarisch nachzuweisen.

In dem öfters erwähnten Schreiben des Reichsarbeitsministeriums vom 6. Juni heißt es unter anderem: „Da sich die Arbeitgeberseite der Allgemeinverbindlichkeitsklärung widersetzt... da ferner von den Landesbehörden die ernstesten Bedenken in wirtschaftlicher Hinsicht gegen die Allgemeinverbindlichkeitsklärung geltend gemacht worden sind“, mußte der Antrag abgelehnt werden. Hier haben wir des Pudels Kern. Die Arbeitgeberseite widerlegt sich der Allgemeinverbindlichkeit. Das ist erklärlich; sie hat die neue Einstellung des Reichsarbeitsministeriums erkannt. Sagt doch der Syndikus der thüringischen Holzindustriellen in dem Rundschreiben, das wir an anderer Stelle dieser Nummer besprechen: „Man scheint auch seitens der Reichsregierung nun endlich die verfehlten Maßnahmen in der Lohnpolitik eingesehen zu haben.“ Und um diese Einstellung des Reichsarbeitsministeriums zu stärken, haben es die Unternehmer mit Behauptungen traktiert, die zwar wahrheitswidrig waren, aber gern geglaubt wurden.

Um so mehr als auch die Landesbehörden wirtschaftliche Bedenken hatten. Diese Übereinstimmung ist kein Zufall, handelt es sich doch um die rühmlichst bekannte thüringische Landesregierung, die die Vertragslöhne der Thüringer Holzarbeiter, um die 1/5 der Streit löhne, sind notorisch die schlechtesten in ganz Deutschland, aber die treu sorgenden thüringischen Landesbehörden haben Bedenken, den Arbeitern diese Hungerlöhne zu gönnen, sie stehen auf der Seite der Unternehmer, die noch weniger zahlen wollen als die niedrigen Sätze, zu denen sie sich vertraglich verpflichtet haben. Und solch edles Streben findet Billigung und Unterstützung bei der obersten Reichsbehörde. — Wir sind der Meinung, daß das Reichsarbeitsministerium sich nicht richtig verhalten hat.



Holzindustrie



Industrie für Holzverwertung AG.

Die Industrie für Holzverwertung AG. ist eins der ältesten deutschen Sperrholzwerke. Ihre Gründung erfolgte im Jahre 1905. Der Sitz des Unternehmens war zunächst in Dortmund, seit 1911 ist er in Essen-Alteneessen. Ursprünglich arbeitete die Gesellschaft mit einem Aktienkapital von 500 000 Mk., im Jahre 1909 erfolgte eine Erhöhung auf 1 Million Mark. Die Entwicklung des Unternehmens war anfänglich wenig günstig. Im Jahre 1911 stand es fast vor dem Zusammenbruch, dieser konnte nur vermieden werden durch eine scharfe Zusammenlegung der Aktien von 4:1; das Aktienkapital betrug nun 250 000 Mk. Auch in den nächsten Jahren kam die Gesellschaft nicht recht vorwärts, erst die Kriegsjahre 1914/18 brachten einen Aufschwung. „Vier Jahre lang“, heißt es in einer Festschrift der Industrie für Holzverwertung AG., „lieferte das Werk, ununterbrochen in Tag- und Nachtschicht arbeitend, das von der Heeresverwaltung insbesondere für den Flugzeugbau angeforderte Plattenmaterial.“ Nach dem Weltkriege setzte sich die Aufwärtsentwicklung der Gesellschaft fort, denn nun war Sperrholz auch in der Holzverarbeitenden Industrie ein gesuchter Werkstoff. Seit 1924 beträgt das Aktienkapital wie anfangs wieder 500 000 Mk.

Im Herbst 1929 beteiligte sich die Industrie für Holzverwertung AG. maßgebend an der **Andernacher Sperrholzwerk G. m. b. H.**, indem sie von dem auf 610 000 Mk. erhöhten Stammkapital dieses Unternehmens 310 000 Mk. übernahm. Der Direktor des Essen-Alteneessener Wertes ist zugleich der alleinige Leiter des Betriebes in Andernach. Beide Werke haben sich auch im letzten Jahre gut entwickelt. In Essen-Alteneessen werden fast 200 und in Andernach über 200 Arbeiter beschäftigt. Ganz besonders erfreulich ist die Tatsache, daß in Andernach noch in den letzten Tagen Neueinstellungen erfolgen konnten, die Lage dieses Wertes scheint also wesentlich günstiger zu sein als die mancher anderer Sperrholzfabriken.

Die Industrie für Holzverwertung AG. hat sich in den letzten Jahren nicht nur betrieblich gut entwickelt, sondern auch finanziell. Trotz reichlicher Abschreibungen erzielte sie 1926 einen Reingewinn von 31 481 Mk., gleich 6 Prozent des Aktienkapitals, 1927 betrug dieser 63 782 Mk., gleich 13 Prozent, 1928 86 493 Mk., gleich 17 Prozent und 1929 1 004 422 Mk., gleich 20 Prozent des Aktienkapitals. Aus dem Reingewinn des Jahres 1929 kommen 60 000 Mk. gleich 12 Prozent Dividende zur Verteilung an die Aktionäre. 1928 betrug die Dividende gleichfalls 12 Prozent, gegen 10 Prozent im Jahre 1927 und 5 Prozent im Jahre 1926. Über die Umsatzhöhe im letzten Geschäftsjahr sagt der Vorstandsbericht leider nichts, in der Generalversammlung wurde lediglich festgestellt, daß „der Umsatz gegenüber dem Jahre 1928 gesteigert werden konnte“. Die Industrie für Holzverwertung AG. gehört also zu den Sperrholzunternehmen, die 1929 trotz der allgemeinen Wirtschaftskrise ein flotteres Geschäft hatten als in dem wirtschaftlich weit günstigeren Jahr 1928. Um so verwunderlicher sind die Ausführungen, die der Direktor der Gesellschaft, Herr **Sammer**, in der Generalversammlung über die Lage der Sperrholzindustrie gemacht hat. Wir entnehmen seiner Rede folgende Stellen:

„Die schon um die Jahreswende 1928/29 wenig befriedigende Lage der Sperrholzindustrie hat sich im Laufe 1929 und während der ersten Monate 1930 keineswegs günstiger gestaltet. Das Mißverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage erfährt vielmehr eine weitere Verschärfung, denn durch die Inbetriebnahme mehrerer neuer Fabriken stieg die Produktion noch über den Vorjahresstand hinaus, während sich der Bedarf infolge des daniederliegenden Baumarktes und der schwachen Beschäftigung der Möbelindustrie unter das normale Maß verringerte. Die rückläufige Konjunktur im Verein mit der ungewissermaßen vorhandenen Überproduktion übten einen starken Druck auf die Verkaufspreise aus. Die früher schon knappe Verdienstspanne wurde auf der einen Seite durch den Rückgang der Preise und auf der anderen durch ständig fortschreitende Verteuerung der Herstellungskosten weiter beeinträchtigt.“

Trotz der Schwierigkeiten, mit denen die gesamte Sperrholzindustrie zu kämpfen hat, wird von außenstehender, aber interessierter Seite versucht, die Lage als gar nicht so ungünstig hinzustellen. Zum Beweis werden die durch die Schätzung ermittelten Produktionsziffern der ebenfalls geschätzten Kapazität der Sperrholzindustrie gegenübergestellt, um aus der hierbei ergebenden geringen Spanne auf eine befriedigende Entwicklung zu schließen. Wenn die aus diesen Zahlen entnommenen Folgerungen vielleicht für eine wohlorganisierte Industrie, deren Produktion von einer zentralen Stelle aus jeweils der Marktlage angepaßt wird, Geltung beanspruchen können, so doch keineswegs für die Sperrholzindustrie, die sich aus einer großen Zahl gänzlich unabhängiger Werte zusammensetzt. Bereits bei einer früheren Gelegenheit wurde ein Vergleich zwischen Kunstseide und Sperrholz gezogen, weil die junge

Sperrholzindustrie damals in der Holzbranche etwa das gleiche Interesse in Anspruch nahm, wie es sich in der Gesamtwirtschaft der Kunstseide zuwandte. Auch die neue ungünstige Entwicklung wirkt sich in beiden Branchen in ähnlicher Weise aus, so daß man versucht sein könnte, die laienhafte Überschätzung der Lage und der Aussichten der Sperrholzfabriken als einer jungen Industrie eigentümlich anzusehen.

Will man schon ein zutreffendes Bild von der Lage der Sperrholzindustrie gewinnen, so wäre die geeignete Unterlage einzig und allein die Summe der Jahresergebnisse der verschiedenen Unternehmen. Jegliche Auseinandersetzung über die Kapazität und ihre Ausnutzung erscheint bei der mangelnden Organisation der Produktion jedenfalls müßig, denn jedes Werk sucht sich den größtmöglichen Teil des verringerten Bedarfs zu sichern, um Betriebseinschränkungen mit Rücksicht auf die fortlaufenden Unkosten zu vermeiden. Wenn der zur Deckung der Unkosten notwendige Umsatz nicht erzielt werden kann, so wird vielfach nicht etwa die Produktion eingeschränkt, sondern der Verkaufspreis herabgesetzt. Nur wenige Fabriken haben sich dieser Politik bis jetzt noch widersetzt, während einige Werte mit den Selbstkosten umspringen, als ließen sie sich nach Belieben auf jedes gewünschte Maß drücken. Nicht zuletzt hat diese Nachgiebigkeit der Preise zu der weiterbreiteten Ansicht von der befriedigenden Lage der Sperrholzindustrie beigetragen und auch in den allerletzten Monaten wieder zu Neugründungen angelegt. Eine Zusammenstellung der Jahresergebnisse würde demgegenüber zeigen, daß allein bei einigen wenigen in letzter Zeit stillgelegten, oder sanierten Unternehmen mehr Geld verloren wurde als sämtliche übrigen Werke in der gleichen Zeit an Gewinn abgeworfen haben!

Im letzten Jahre ist der Export deutscher Sperrholzplatten beträchtlich gestiegen. Es wäre aber verfehlt, wollte man diese Tatsache als günstiges Zeichen deuten, denn während das Ausland in den früheren Jahren nur kleine Mengen hochwertiger Platten aus Deutschland bezog, hat die heimische Industrie neuerdings auch in geringeren Qualitäten zu Geschäften zu kommen versucht. Hierbei wurden Preiszugeständnisse gemacht, wie sie auf die Dauer gar nicht durchzuhalten sind, weil sich in Deutschland wegen der hohen Löhne, der großen Unkosten und des Mangels an eigenen Rohhölzern die Herstellung dieser billigen Platten nicht rentiert und das Ausland an deutsche Ware erfahrungsgemäß höhere Ansprüche stellt, als es z. B. gegenüber den östlichen und nordischen Ländern üblich ist. Die Hoffnung, durch billige Preisstellung sich einzuführen und später bessere Preise erzielen zu können, ist somit trügerisch und bewirkt im Augenblick nichts anderes als eine nutzlose Verschleuderung deutschen Volksvermögens. Früher konnten die am Export beteiligten deutschen Fabriken auf Grund der gelieferten Qualität 20 bis 30 Prozent höhere Preise als die übrigen Ausfuhrländer erzielen und erreichten damit annähernd den gleichen Gegenwert, wie er auch im Inland von Großabnehmern gefordert wurde. Der gesteigerte Export des Vorjahres ist aber zum überwiegenden Teil darauf zurückzuführen, daß das niedrige Preisniveau für Auslandsware auch für die deutschen Erzeugnisse akzeptiert wurde, um Absatz für die Überproduktion zu schaffen. Durch dieses Vorgehen ist auch der Ruf der bisher wirklich führenden deutschen Qualitätsplatten stark beeinträchtigt worden mit dem Erfolg, daß selbst der Markt für solche Platten, für die Deutschland eine Art Monopolstellung hatte, zum Teil an fremde Industrien verloren ging oder aber sich zum mindesten unerträgliche Preisherabsetzungen gefallen lassen mußte.“

Diese Ausführungen sollen offenbar eine Antwort auf unsere Aufsätze über die Entwicklung und den Stand der Sperrholzindustrie in den Nummern 15 bis 17 der „Holzarbeiter-Zeitung“ sein. Herr **Sammer** hat von uns als einer „außenstehenden, aber interessierten Seite“ gesprochen, was heißen soll, daß wir von der Sperrholzindustrie nichts oder nicht viel verständen. Noch anzüglicher ist die Bemerkung von „laienhafter Überschätzung der Lage und der Aussichten der Sperrholzfabriken“. Herr **Sammer** gehört zu jener Sorte Leute, welche der Meinung sind, daß Sachverständig nur derjenige sein kann, der eine gut bezahlte Stellung hat, wie z. B. Syndizi und Direktoren. Seine Antwort auf unsere Aufsätze beweist jedoch, daß diese Ansicht falsch ist. Herr **Sammer** hat auch nicht eine unserer Feststellungen in den erwähnten Artikeln widerlegen können. Wo er bei seinen Ausführungen über allgemeine Redensarten hinausgegangen ist, stehen seine Behauptungen in direktem Gegensatz zu den Geschäftsergebnissen seiner eigenen Gesellschaft. Wir sind uns der Mängel unserer Schätzungen der Produktionszahlen und der Kapazität sehr wohl bewußt, aber diese Rechnungen sind bestimmt richtiger als die einiger Sperrholzfabrikanten und ihres Verbandes. Das weiß Herr **Sammer** ebenso gut wie wir. Den Herrschaften sind unsere Zahlen ja auch sehr willkommen, wenn diese ihnen in den Kram passen, wie die Begründung ihrer Forderung beweist. Sind sie aber geeignet, einen Strich durch ihre Pläne zu machen, so glaubt man, sie mit der Bemerkung abtun zu können, sie stammen von „laienhafter“ Seite. Diese Methode ist zu durchsichtig, als daß sie bei uns Eindruck machen könnte.

Hupfeld-Gebr. Zimmermann AG.

Über die Lage der Leipziger Pianoforte- und Phonofabrikanten Hupfeld-Gebr. Zimmermann AG. melden die Tageszeitungen:

Für das am 30. Juni 1930 ablaufende Geschäftsjahr ist mit der Wiederaufnahme der Dividendenzahlung nicht zu rechnen. Ob wieder ein kleiner Reingewinn (im Vorjahre 8888 Mk.) oder (was bei den ungünstigen Verhältnissen der Branche nicht überraschen würde) ein Verlust ausgewiesen wird, läßt sich zurzeit noch nicht sagen. Der Geschäftsgang in der Pianoabteilung ist ruhiger als sonst in der saisonmäßig stillen Sommerzeit. Die schwierige Wirtschaftslage hemmt den Absatz ungemein, der außerdem durch die aus freiwilligen oder zwangsläufigen Liquidationen stammenden Instrumente ungünstig beeinflusst wird. Auf manches Geschäft muß aus Risikogründen verzichtet werden. In Kinoorgeln ist der Verkauf schleppend, in anderen Abteilungen ist der Geschäftsgang etwas besser. Der zur Leipziger Frühjahrsmesse herausgebrachte neue Lautsprecher „Radiofonanz“ ist schon gut verkauft worden. Weiterhin lebhaft ist der Absatz in dem Billard „Kolla“, von dem bereits über 5000 Stück geliefert worden sind. Der beachtete Verkauf der stillgelegten Fabriken in Dresden-Neustadt und Johanneergegend konnte bisher nicht durchgeführt werden.

Was brachte die Leipziger Frühjahrsmesse?

Das Institut für Konjunkturforschung und das Leipziger Meskamt versuchten, durch Umfragen bei den Ausstellern der Leipziger Messe festzustellen, wie das Geschäft war. Das Ergebnis der Umfrage von der Frühjahrsmesse 1930 liegt jetzt in einem 80 Seiten starken Heft vor.

Über die Möbelmesse wird berichtet, daß Besichtigung und Besuch gut waren. Etwa ein Drittel der Aussteller war mit den im Inland angebahnten Geschäftsverbindungen zufrieden. Ein kleiner Teil machte bessere Geschäfte als im Vorjahre. Das Auslandsgeschäft war bei etwa einem Drittel der Aussteller wenig befriedigend und bei zwei Dritteln mindestens ebenso groß wie auf der Frühjahrsmesse 1929.

Die Aussteller von Korbmöbeln und Korbwaren berichten über ein leidlich gutes Auslandsgeschäft, so vor allem mit Besuchern aus Großbritannien, Südamerika, Österreich und Schweden.

Das Messengeschäft der Musikinstrumentenindustrie erreichte annähernd den Vorjahresumfang. Dabei hat das Inlandsgeschäft nachgelassen, während das Auslandsgeschäft etwas besser war; dieses erreichte etwa 90 Prozent des Messeumsatzes. Die auf der Frühjahrsmesse herein genommenen Aufträge entsprechen ungefähr der Produktion eines Monats.

Von den Ausstellern von Holzspielwaren erreichte ein Drittel die Vorjahresumsätze. Das Auslandsgeschäft war wesentlich kleiner als das Inlandsgeschäft. Der Gesamtumsatz auf der Messe entspricht ungefähr der Produktion von 49 Arbeitstagen.

Das Geschäft mit Haus- und Küchengeräten aus Holz war besser, besonders im Verkehr mit dem Ausland. Mit den Auslandsaufträgen war fast die Hälfte der Aussteller zufrieden. Die Herstellung der verkauften Waren dauert etwa 21 Arbeitstage.

Wieviel Stuhlfabriken gibt es?

Im „Wirtschaftsblatt Niedersachsen“ berichtet der Zivilingenieur **Robert Lippmann** (Hannover) über „Betriebswirtschaftliches aus der niedersächsischen Stuhlindustrie“. Nach seiner Kenntnis gibt es im Veistergebiet 50 Stuhlfabriken mit einer Tagesleistung von 10 000 Stühlen, bei einer deutschen Gesamtproduktion von 64 000 Stück je Arbeitstag. Inwieweit diese Zahlen stimmen, können wir nicht nachprüfen. Auffällig ist folgendes: Lippmann rechnet mit insgesamt 638 deutschen Stuhlfabriken. Davon haben 50, also knapp der zwölfte Teil, ihren Sitz im Veistergebiet. Ihr Anteil an der Gesamtproduktion beträgt aber rund 16 Prozent. Stimmen diese Angaben, so würde das bedeuten, daß die Betriebe im Veistergebiet durchschnittlich viel größer und leistungsfähiger sind als die im übrigen Deutschland. Ob das zutrifft, vermögen wir im Augenblick nicht zu sagen.

Lippmann gibt auch eine Übersicht über die Zahl der Stuhlfabriken in den wichtigsten Konjunkturländern. An der Spitze steht Deutschland, wie bereits gesagt, mit 638 Betrieben. Dann folgen Großbritannien mit 258, Frankreich mit 180, Spanien-Portugal mit 160, Vereinigte Staaten mit 122, Polen mit 120, Österreich mit 81, Schweiz mit 68, Rußland mit 63, Belgien mit 44, Schweden mit 41, Rumänien mit 40, Jugoslawien mit 38, Ungarn mit 35, Tschechoslowakei mit 34, Dänemark mit 27, Norwegen mit 26, Finnland mit 25, Holland mit 24 und die östlichen Randstaaten mit 15 Betrieben. Nun besagt die Zahl der Fabriken eigentlich nicht viel, ausschlaggebender ist die der Beschäftigten. Darüber ist das Material aber leider sehr spärlich.



Heim und Familie



Eltern und Kinder.

Von Erna Horn.

Die Konflikte zwischen Eltern und Kindern sind nicht eigentlich erst jetzt entstanden, wohl aber kommen sie in der letzten Zeit stärker zum Ausbruch. Um ein näheres Verständnis für diesen bedauerlichen Umstand herbeizuführen, muß weiter ausgegriffen werden.

Die Vorkriegsgeneration wußte auch schon ein Lied von Erziehungsnöten zu singen, der starre Zwang des Althergebrachten war aber immer noch bindend genug, jede Regung niederzudrücken. Dann kam der Krieg, der wie eine Springflut alle Dämme fortspülte, nicht alle zu Unrecht. Viel unwahres Muckertum, unechte oder falsche Methoden der Heranbildung junger Menschen wurden aufgedeckt, und vor allem: die Jugend machte einen urplötzlichen gewaltigen Sprung vorwärts, den die ältere Generation nur bestaunen und fremd empfinden kann. Das Unvermögen, mitzukommen, ist die große Kluft, die heute zwischen Eltern und Kindern gesprengt wurde. Dazu kommt, daß die Not und auch der Bekanntheitwille der Jugend zu echtem Leben noch weitere Gegensätzlichkeiten schufen.

Was ist nun richtig? Soll die Jugend gewaltsam im großen Lauf gehemmt werden, oder sollen die Eltern versuchen, mitzukommen? Oder sich wenigstens hineinzufühlen? Sicherlich ist es für viele schwer, sich umzustellen, man hat es so vom Vater und Großvater übernommen, was jung ist, hat zu schweigen. Bis zu einer gewissen Grenze stimmt dieser Grundsatz wohl. Muß uns aber die große Umwälzung auf allen Gebieten, die Zeichen der Veraltung tragen, nicht stuhig machen? Ist es nicht heilsam, zu lernen, daß einmal eine Zeit kommen kann, die einfach anderes fordert? Die Zeit ist da. Die Jugend geht nicht aus Trotz oder Auflehnung den Weg, sie wird vielmehr vom Machtwillen einer neuen Richtung geradezu geschleudert — und hält stand. Bewundernswert, nicht anzuklagen.

Mit so großen Bewegungen sind aber ganz natürlich Reibungen verbunden, die zu sehr bedauerlichen Einzelfällen führen müssen, und die sind der Kernpunkt des heutigen Interesses, sowohl vom elterlichen wie vom Kindesstandpunkt aus. An den Eltern hat sich die neue Zeit langsam und ihr Gesicht wechselnd vollzogen, die Jugend aber wurde unvermittelt ins Neue hineingestellt. Krieg, Revolution, Inflation, Deflation und große Not sind wahrlich keine sanften Wiegenlieder, die ihnen gesungen wurden, um sie dem Leben entgegenzuschlafen zu lassen. Zu dem Unverständnis der älteren Generation kommen ein mächtiger Zeitgeist, ungewisse politische Verhältnisse und der tägliche Konkurrenzkampf als neue Hemmungen. Wohin führt der Weg? Ja die Ehe? Wie vielen ist er durch die eben genannten Hemmungen lange versperrt. Viel Arbeit, inneres Alleinsein und Sorge ums tägliche Leben lassen die Jugend dann Auswüchse zeitigen, die wohl in den Rahmen des Zeitbildes passen, ihn aber doch schänden. Diese Ausnahmefälle bilden dann gerne den Angelpunkt für die, die zurückgeblieben, der neuen Zeit abhold sind. Die „gute alte Zeit“ nennt sie ein enger Gesichtswinkel, in welchem die gute neue Zeit müßte es heißen, denn der Großteil der Jugend hat die Probe bestanden. Man denke nur an den Arbeitswillen der berufstätigen jungen Mädchen. Wo bleibt das Zeugnis der Eltern?

Nicht eine Anklage sollen diese Zeilen sein, im Gegenteil, sie sollen dazu führen, den Eltern die Jugend verstehen zu lernen und sie zu lieben, nicht nur in der Liebe zum einzelnen Kinde, sondern in der Einfühlung zur gesamten Bewegung der Blüte unseres Volkes.

Für die junge Generation ist es unmöglich, sich den Standpunkt der älteren anzueignen, sie kennt das Alter nicht, sie weiß nur, wie ihr Blut treibt und was ihre erwünschten Ziele sind. Die Eltern aber waren selbst jung und wissen, was Jugend ist, also müssen sie sich umstellen und hinein-denken, müssen helfen, solange Hilfe noch zur rechten Zeit kommt. Mütter müssen Freundinnen den Töchtern, Väter Freunde den Söhnen werden.

Das Elternhaus muß Heimstätte der Jugend sein. Nicht die Jugend wendet sich von ihm ab, sondern es verschließt sich ihr. Ja, es verschließt sich der Jugend, denn einem Kinde ist vom ersten Augenblick an nichts anderes bewußt als Mutter und Heimat. An diesen zwei Stützpunkten wächst es heran. Erst später, wenn es nicht findet, was es sucht, wendet es sich ab und greift nach anderem Ersatz, wohlgerne immer nur Ersatz. Es ist nicht von Anfang an der Wille zur Abkehr vom Elternhaus vorhanden, er tritt sich erst bewußt oder unbewußt ein, wenn das Heim nur vier leere Wände hat, die einem jungen warmen Herzen nichts geben.

Das ist ein Teil der Lösung des äußeren Problems, nun folgt die psychologische Tatsache, daß Jugend Werden heißt. Werden, nicht sein. Wechselnd, allmählich reifend an Körper, Geist und Seele, stellt diese Zeit enorme Anforderungen an sie. Wohl ist das keine neue Errungenschaft der jetzigen Generation, aber eine heute besonders wichtige, alte Menschheitserkenntnis, da zurzeit mehr von Körper, Geist und Seele verlangt wird, die also in jeder

Beziehung wohlgestählt sein müssen, um der Forderung des Zeitwillens genügen zu können.

Eine Entwicklung zieht aber die andere in ihre verwirrenden Kreise, und so haben wir die vielen Störungen, Konflikte und Schädigungen an Jugendlichen im Wachstumsalter zu verzeichnen. Seelisch einsame, körperlich zurückgebliebene, geistig zu rege Menschen sind daher in ihrer jugendlichen Unvollkommenheit eher zu pflegen als verächtlich oder pharisäerhaft abzurteilen.

Die Zeit drängt, Eltern, laßt nicht den Schaum der Gärung überlaufen, lüftet den jungen Most, er soll herrlichen Wein bringen!

Mensch, ärgere dich nicht!

„Mensch, ärgere dich nicht, sondern andere!“ hört man gar oft jemand lachend sagen, wenn sein lieber Mitmensch vor Ärger plagen möchte. Im allgemeinen bedarf es jedoch dieser menschenfreundlichen Aufforderung durchaus nicht. Denn fast jeder Mensch, der sich selbst ärgert, ärgert auch andere.

Der Meister, der sich über etwas ärgern mußte, versucht seinen „Zylinder“ an den Arbeitern auszuprobieren. Der Bureauchef beanstandet jedes J-Süßperl, wenn ihm etwas über die Leber gelaufen ist. Der Familienvater — verärgert aus der Werkstatt kommend — nörgelt am Essen und sucht Streit mit seiner Frau. Und diese selbst läßt ihren Ärger aus — an den Kindern.

O bitte, nur ja keine falsche Entrüstung! Wir wollen uns mal alle an der eigenen Nase nehmen und ehrlich nachdenken. Wie ist es denn, wenn uns zum Beispiel eine Schüssel in Scherben geht? Das sind wohl die wenigsten Mütter, die dem kleinen Jungen, der halb erschrocken und halb belustigt auf die Beschädigung sieht, gelassen erklären: „Da schau nur, Karlchen, wie schnell so eine Schüssel zerbricht! Man kann sie wirklich nicht vorsichtig genug anfassen. Nun müssen wir erst wieder Geld ausgeben, um eine neue zu kaufen. Aber da darfst du mitgehen und mir aussuchen helfen. Und dann wollen wir alle mitkommen fein achtgeben, daß sie jahrelang ganz bleibt.“

Ja, das sind wohl die wenigsten! Bei den meisten wird wahrscheinlich die Trauerrede so lauten: „Birnbäum und Hollerstauden! Schon wieder ein Trumm hin! Nur so zu — nur so weiter! Wir haben ja das Geld haufenweise, daß wir uns wieder was Neues kaufen. Und warum passiert einem so was? Weil man ganz nervös und zapplig wird von deinem ewigen Gefrage und Geplapper, du kleiner Nase-weis!“ Zu allem Überflus wird also dem Kind auch noch eine Schuld in die Schuhe geschoben, die doch gar nicht besteht.

Oder wenn die Preise für Brennmaterial und Lebensmittel in die Höhe gegangen sind, wie sind wir da den ganzen Tag verschmupft. Hundertmal müssen es die kleinen Menschen hören: „Was, schon wieder einen Apfel? Du wachst dich ja zum Bielfraß aus! Jetzt muß erst recht geparkt werden, daß du es nur weißt.“ — „So gib doch acht auf deine Hofel! Hin und her und her und hin, so geht's den ganzen Tag. Still sitzen und ruhig sein muß man, damit die Kleider lange herhalten!“ — „Machst du sofort das Fenster zu! Das ginge gerade noch ab: vom Fenster aus Eiszapfen abbrechen! Was es so unheimlich viel Geld kostet, bis das Zimmer endlich warm wird.“

Gewiß, es ist schließlich keine Launenhaftigkeit, die uns solche bittere Worte auf die Zunge legt, sondern es ist leider nur zuviel Grund für diese Stimmungen vorhanden. Trotzdem sollten wir uns unserer Kinder wegen nicht unterkriegen lassen. Denkt euch ein Köselein, das immer im Schatten stehen muß, das fast ununterbrochen von Gewittern und Stürmen umbraust wird und nie einen Sonnenblick erhält. Glaubst ihr nicht, daß es verkümmern muß? Und genau so werden unsere Kinder armselige, sonnenlose Menschen, wenn sie in einer Atmosphäre des Ärgers aufwachsen müssen.

Drum wollen wir die Zähne aufeinanderbeißen und mit Eifer an unserer Selbsterziehung arbeiten! Sich und andere ärgern, nützt gar nichts. Aber sich zusammenschließen in den Konsumgenossenschaften und Gewerkschaften, um billigere Waren und höhere Löhne zu erkämpfen, das schafft auch uns Arbeitsmenschen bessere Lebensbedingungen und tötet somit die Wurzel unseres Ärgers. Marie Schulz.

Beatliche Nassfäße.

Die Reinigung der Korbmöbel geschieht am besten mit kaltem Wasser, dem etwas Salmiakgeist beigegeben wird. Andere nehmen Harzseife und lauwarmes Wasser. Danach werden die Möbel mit Wasser gut abgespült und mit einem Wollappen trockengerieben.

Zur Imprägnierung von Lederschuhen empfiehlt sich eine Mischung von einem Teil essigsaurem Tonerdolomit und zwei Teilen Wasser. Der Stoff wird in die Mischung gedrückt, nach einer halben Stunde ausgewrungen und in eine Seifenlösung (auf 1 Liter Wasser 15 Gramm Seife) gelegt. Nach einer weiteren halben Stunde wringt man den Stoff abermals aus und hängt ihn dann zum Trocknen auf.

Von ehbaren und giftigen Pilzen.

Pilze, die jetzt ihren Höhepunkt an Schmachhaftigkeit erreicht haben, sind ein wichtiges Volksnahrungsmittel. Ihr Nährwert darf aber doch nicht überschätzt werden. Wenn behauptet wird, daß Pilze ebenso nahrhaft sind wie Fleisch, so ist das nur bis zu einem gewissen Grade richtig. Zwei Pfund gute Speisepilze haben den gleichen Eiweißgehalt wie hundert Gramm Rindfleisch. Sie bestehen zum andern Teil aus Wasser, und sie bekommen erst durch die Zubereitung ihre Nahrhaftigkeit und ihren Wohlgeschmack.

Es gibt mehr unschädliche als giftige Pilze. Die Pilzvergiftungen sind aber trotzdem häufiger als nach dieser Feststellung angenommen werden sollte. Außerdem erscheinen die Speisepilze meistens vor den giftigen. Ehbare Pilze entwickeln nach der Zubereitung ein Gift, das durch die zu lange Zeit der Aufbewahrung entsteht. Sind sie im ungekochten Zustande naß und faulig, so bildet sich gleichfalls ein Gift, das auf den Spaltpilz zurückzuführen ist. Man schmeckt und riecht es nicht, seine Schädigungen an der Gesundheit des Menschen sind jedoch ungeheuer groß.

Unabhängig davon, ob die Speisepilze gesammelt oder im Geschäft gekauft werden, dürfen sie nicht länger als einen Tag unzubereitet stehen. Sie müssen sich trocken und frisch anfühlen. Naße Pilze, die einen fauligen Geruch haben, sind unverwendbar. Madige Pilze enthalten Gifstoffe, die der Gesundheit gleichfalls zum Nachteil gereichen. Vor dem Kochprozeß muß jeder Pilz entsandet, gewaschen und mit kochendem Wasser übergossen werden. Die Pilze sollen in gut zerkleinertem Zustande nicht länger als 10 bis 15 Minuten auf dem Feuer stehen. Jedes Pilzgericht muß sofort genossen werden. Bleibt von der Mahlzeit ein Rest übrig, wird selbst die sparsamste Hausfrau ihn nicht mehr verwenden, nicht für den nächsten Tag verwahren, sondern fortwerfen.

Merkmale beim Kochen, ob es sich um ehbare oder um giftige Pilze handelt, trügen häufig. Das Mitkochen eines silbernen Löffels, der sich dunkel färbt, wenn giftige Pilze im Topf liegen, oder das Dunkeln einer Zwiebel, die gleichfalls eine andere Farbe annimmt, sind beide nicht zuverlässig. Es gibt auch Pilze, die sich beim Bruch oder Schnitt blau färben, wie beispielsweise der Maronenröhrling, die dennoch aber zu den besten Champignons gerechnet werden können.

Champignons sind die ersten Voten unter den Speisepilzen. Man unterscheidet Spitzen- oder Stockmorcheln. Sie zeigen ein braunes oder graues unregelmäßiges Hüthen. Von ihrem Wohlgeschmack sind die meisten Menschen überzeugt. Viele mögen sie ihres unbetäufbaren Sandgehaltes wegen nicht. Geschicktes Abknipfen des kleinen Stieles, sorgfältiges Spülen und das Überbrühen mit heißem Wasser machen diese Unannehmlichkeit zunichte.

Champignons werden nicht im Walde gesucht. Jeder Pilzsucher muß in erster Linie, um eine Verwechslung mit Giftpilzen zu vermeiden, darauf verzichten, einen Champignon im Walde zu finden.

Der Pfefferling, auch Pfefferling oder Eierpilz genannt, hält sich im Kiefernwald vom Mai bis zum Juli, zuweilen sogar bis zum August auf. Er ist so bekannt, daß er nicht näher beschrieben zu werden braucht. Sein giftiger Nebenbuhler beschränkt sich an den gleichen Stellen breit, an welchen der Pfefferling zu Hause ist. Eine Verwechslung ist aus dem Grunde unmöglich, weil der Giftpilz nicht vor September erscheint.

Steinpilze, auch Herrenpilze oder Steinröhrlinge genannt, suchen sich Laub- und Nadelwälder als Wohnstätte auf. Mit dem Satansröhrling und dem Gallenpilz darf er nicht verwechselt werden. Der erste hat einen ziegelroten Stiel und die Unterseite des Hutes ist gleichfalls rot gefärbt. Sein Fleisch färbt sich nach dem Schnitt dunkelblau, fast schwarz. Der Gallenpilz ist nicht giftig. Er schmeckt so bitter, daß er aus diesem Grunde ungenießbar ist. Vorsicht beim Suchen! Er hat eine große Ähnlichkeit mit seinem edlen Bruder, doch die Röhre und die Unterkrempe des Hutes sind rosa, bei den jungen Steinpilzen hingegen weiß, bei den späteren grünlich oder graugrün.

Der Reizker, einer der besten Speisepilze, ist gleichfalls schon auf dem Wege zu uns. Sein Hut ist orangefarbig, zuweilen sogar ziegelrot, mit schönen Ringen. Aus diesem Grunde wird er von den Pilzsuchern gemieden, da immer angenommen wird, daß die schönen Pilze giftig sind. Die späteren Reizker verfärben sich grünlich. Das Fleisch ist gelbrot, wird beim Schnitt um einen Schein dunkler und läßt eine orangefarbene Milch herauslaufen. Er hat einen gefährlichen Stiefbruder, den Giftreizker. Hauptsächlich findet er sich in Birkenwäldern, während der echte Reizker sich in Kiefernbeständen niederläßt. Das Fleisch des Giftreizers läßt nach dem Schnitt einen weißen Milchsaft herauslaufen. Er ist scharf, während der Geschmack des echten Reizers sanft ist.

Kenntnis der Pilzarten, die trocken sein und würzig duften müssen, die Überzeugung davon, daß man nur so viel Pilze laufen oder sammeln darf, wie man zu einer Mahlzeit benötigt, machen das „Fleisch des Waldes“ zu einem guten, köstlichen, nahrhaften und billigen Gericht.

Bislotte Sennoch.



Unterhaltung und Wissen



Ordnung muß sein.

Das ist gewiß! Darin haben sachkundige Leute Zeit und Mühe nicht gescheut, um Reglements zu schaffen, die die Ordnung — Schiller hat sie eine legendäre Himmelsstochter genannt — in Paragraphen pressen und damit scheeren sollen. Für Werkstätten, Fabriken, Bureaus und Amtsräume sind Dienst- oder Arbeitsordnungen erlassen worden, um den schaffenden Proletariern aller Berufe die ungehemmte Ausübung etwa vorhandener Arbeitswut zu garantieren. Unwillig, ihm vorwärtigen Kritik neigende Leute meinen allerdings, diese Dienst- und Arbeitsordnungen richteten sich immer nur einseitig gegen die Arbeiter, Angestellten und Beamten, die großen und leitenden Herren kümmerten sich wenig oder gar nicht darum.

Zu diesen kritisch veranlagten Leuten gehörte auch der Arbeiter Pffiffig. Vergeblich bemühte sich der erste Direktor darum, ihm plausibel zu machen, daß im Betrieb alle, vom letzten Hilfsarbeiter bis zum ersten Direktor, sich gleichermaßen nach den Bestimmungen der Arbeitsordnung zu richten hätten. Um Pffiffig zu überzeugen, ernannte er ihn zum Kontrollbeamten und gab ihm Vollmacht, das ganze Werk zu inspizieren und jeden, auch die vorgesetzten Herren, bei Verstößen gegen die Arbeitsordnung ganz gehörig zurechtzuweisen.

Pffiffig machte sich auf die Socken. Gleich am ersten Tage mußte er feststellen, daß Herr Proturist C. 20 Minuten nach 8 Uhr erst das Eingangstor der Fabrik passierte. Pffiffig, eingedenk seiner Pflicht, fuhr den überraschten Herrn an: „Wissen Sie nicht, daß nach § 1 der Arbeitsordnung das um 7.15 Uhr ertönende Glockenzeichen maßgebend für den Beginn der Arbeitszeit ist? Ist Ihnen nicht bekannt, mein Herr, daß nach § 3 derselben Arbeitsordnung für Zuspätkommen Strafen angedroht sind? Sie haben einen Lohn- beziehungsweise Gehaltsabzug von 25 Pf. zugunsten der Arbeiterunterstützungskasse zu gewärtigen. Übrigens haben Sie auch die Kontrolluhr nicht gestochen, Strafabzug, ebenfalls nach § 3, weitere 25 Pf.“

Proturist C. musterte Pffiffig lediglich einmal recht hochmütig von oben bis unten, als wollte er sagen: „Sie sind wohl verriecht geworden?“ Dann ging er, ohne sich leicht um den lästigen Frager zu kümmern, ruhig seines Weges.

Als Pffiffig eine halbe Stunde später die Montagehalle betrat, sah er zwei leitende Ingenieure im Gespräch zusammenstehen. Im Näherkommen konnte er alles genau verstehen. Die Herren unterhielten sich sehr lebhaft über die Sportereignisse vom vergangenen Sonntag. Pffiffig machte die beiden Leuten in höflichster Form auf den § 24 der Arbeitsordnung aufmerksam, wonach private Unterhaltungen während der Arbeitszeit im Interesse eines ungestörten Verlaufes der Produktion zu unterlassen sind. Die beiden Ingenieure lachten, als ob Pffiffig einen ausgezeichneten Witz gemacht hätte, und fuhrten im übrigen in ihrer Unterhaltung ungeniert fort.

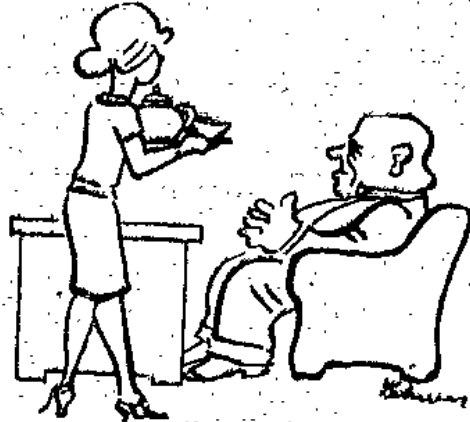
Beim Passieren des Treppenaufgangs mußte Pffiffig feststellen, daß entgegen einem ausdrücklichen Verbot, der Aufzugsführer den Oberaufseher W. mit in den Warenaufzug genommen hatte. „Das Mitfahren von Personen in Warenaufzügen ist streng verboten, Zuwiderhandelnde haben fristlose Entlassung zu erwarten“, zitierte Pffiffig den § 18 der Arbeitsordnung, freilich ohne Erfolg.

Pffiffig eilte zum Betriebsleiter, um diesem von seinen Beobachtungen Mitteilung zu machen. Zu seinem Erstaunen war dessen Zimmer in dichten Dämmel gehüllt. Herr B. rauchte behäbig seine Zigarre. „Ja, aber um Gottes willen, weiß denn der Herr Betriebsleiter selber so wenig über die Arbeitsordnung Bescheid? § 14 sagt doch ausdrücklich: Rauchen von Zigarren und Zigaretten ist verboten, nur Pfeifen mit Deckel sind gestattet. Zuwiderhandelnde haben fristlose Entlassung...“

Herr B. war vernünftig. „Stimmt, Herr Pffiffig, auch der Betriebsleiter sollte sich an die Arbeitsordnung halten. Aber ich ziehe mal...“ Dann folgte ein erdbeerer Rede-Schwall, an dessen Ende Pffiffig durchaus nicht pffiffig geworden war.

Im Zimmer des Handelsbevollmächtigten Dr. Z. war dieser gerade dabei, sich telephonisch mit einer Dame zu unterreden. „Herr, die Benutzung des Telefons für private Gespräche ist ausdrücklich nur mit Genehmigung des nächsten Vorgesetzten gestattet, § 16 der Arbeitsordnung. Haben Sie Ihrem Chef mitgeteilt...?“

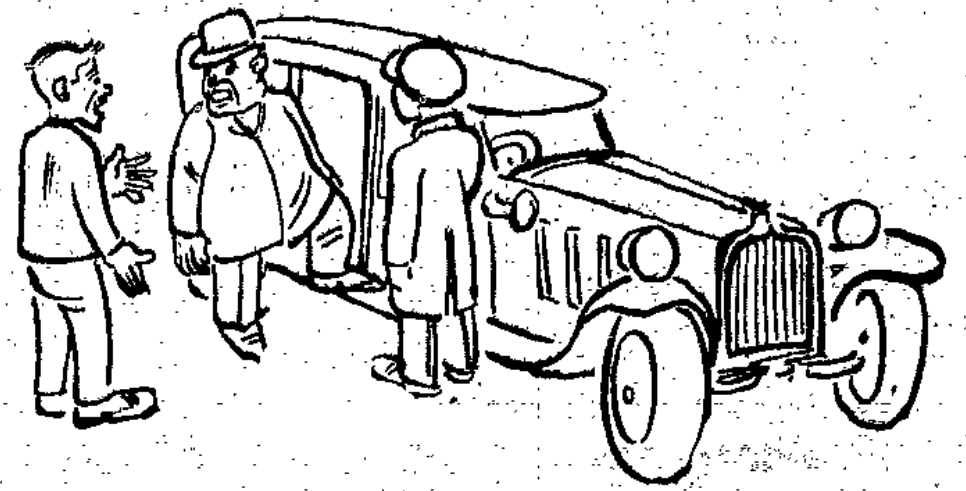
Toll, so etwas! Ausgerechnet der zweite Direktor ließ sich beim Eintreten Pffiffigs von seinem Fräulein den Tee servieren. Pffiffig zog seine Uhr: „Elf Uhr, Herr Direktor. Die Frühstückspause ist längst vorbei. Kennen Sie die Bestimmungen der Arbeitsordnung nicht?“



Herr Z. führte eine lange, wohlgefehte Rede. Vor lauter Arbeit — keine Zeit — nicht einmal zum Essen gekommen. Schrecklich! Jetzt erst habe das Fräulein auf dem elektrischen Kocher...“

Pffiffig schlug die Hände über dem Kopf zusammen. „Nein, so etwas! Auch noch der elektrische Kocher! § 26 der Arbeitsordnung verbietet ganz besonders das Zubereiten von Getränken auf Gasflammen und elektrischen Kochern.“

Pffiffig war sprachlos. Nur stammelnd brachte er heraus: „5 1/2 Uhr Feierabend. Unbefugtes und unentschuldigtes Fehlen oder Fortlaufen von der Arbeit — § 12 der Arbeitsordnung — fristlose Entlassung. Haben Sie vorgeschriebenen Passierschein? Torkontrolle?“



Der erste Direktor starrte Pffiffig an, wie wenn er soeben vom Himmel gefallen wäre. „3.10 Uhr“, sagte trocken der Chauffeur. Der Herr Direktor stieg in den Wagen, der Motor surrte, fauchend fuhr der Wagen weg.

Am anderen Tage war im Betrieb so etwas wie eine Revolte ausgebrochen. Die Arbeit war eingestellt worden und es wurde mitten in der Arbeitszeit so eine Art revolutionäre Betriebsversammlung abgehalten. Sie war nicht groß, es nahmen auch keine Arbeiter daran teil und die Produktion war währenddem nicht stillgelegt. Nein, es waren nur leitende Herren, Ingenieure, Doktoren, Betriebsleiter, Proturisten, Syndizi und Direktoren beteiligt. Es wurde, nach heftigem Disput, eine Erklärung einstimmig angenommen, welche die „eigenmächtigen Eingriffe“ des neuen Kontrollbeamten in die Geschäftsführung und die Befugnisse leitender Personen ganz energisch zurückwies. Das provokatorische Auftreten des „früheren Arbeiters Pffiffig“ sei im höchsten Grade geeignet, die Arbeitsfreude leitender Personen ernstlich zu gefährden. Beides müsse jedoch unter allen Umständen aufrechterhalten werden. — Ordnung müsse nun einmal sein.

Eitelkeit, Gold und goldene Zeiten.

Von Dr. Otto Ehrlich.

Es wird behauptet, daß die Menschen um so eifriger sind, je weniger entwickelt die Kultur des Volkes ist, dem sie angehören. Zum Beispiel soll die Gewohnheit, den Körper zu bekleiden, bei vielen Völkern mit der Eitelkeit, mit der Lust, sich zu schmücken, im Zusammenhang stehen.

Hunderttausende von Jahren lebten die Menschen in kleinen Gemeinschaften, welche alles selbst erzeugten, was ihre Mitglieder zum Leben brauchten. Eine Veränderung trat erst ein, als diese Gemeinschaften mit anderen in Berührung kamen, welche anderes produzierten, und zwischen ihnen ein Tauschhandel entstand. Je mehr solcher Gemeinschaften, oder kurz gesagt: je mehr Menschen im Laufe der Entwicklung miteinander in Berührung traten, die alle ihre Produkte gegeneinander austauschen wollten, um so mehr Schwierigkeiten entstanden, da nicht jeder für die Überschüsse des anderen Verwendung hatte, sondern Dinge brauchte, die ein Dritter herstellte, für den die Überschüsse des ersten unnütz waren. Tausche konnten jetzt nur mehr zustande kommen, wenn alle für ihre Leistung etwas erhielten, was für jedermann verwendbar war.

Eine solche Bedeutung erlangten Salz und Datteln in der Wüste Sahara, Zucker in Westindien, ein hartes Gemisch von Ziegeln und Fett in Form von Ziegeln, der sogenannte Teeltee in Sibirien, Elfenbein bei den Negern, Kakaobohnen im alten Mexiko. Mit dem Übergang zur Viehzucht erlangte das Vieh diese Bedeutung, wird jedoch in seiner Eignung als allgemeines Tauschmittel von Luxusgegenständen übertroffen. Am besten eigneten sich als allgemeine Tauschmittel, d. h. als Geld die glänzenden Metalle Gold und Silber, bei den alten Ägyptern auch Kupfer.

Silber und Gold bleiben Geldware nicht bloß, weil sie gern genommen werden, sondern weil der sich immer stärker entwickelnde Handelsverkehr an das Geld ganz bestimmte Anforderungen stellt. Es muß dauerhaft, d. h. gegen Witterungseinflüsse und sonstigen Verschleiß widerstandsfähig sein; eine Teilbarkeit bis zu kleinen und kleinsten Teilen muß ohne Wertverlust durchführbar sein; der Transport von Geld darf keine Schwierigkeiten bereiten, d. h. dem geringen Gewicht des Geldes soll ein hoher Wert entsprechen; schließlich muß der Geldstoff verhältnismäßig unvermehrbar sein, so daß das Angebot im Verhältnis zu den vorhandenen Beständen keine Rolle spielt, damit nicht infolge Überangebots plötzliche Entwertungen möglich sind. In der Gegenwart macht auch der jährliche Zuwachs an Gold nur wenige Prozente der vorhandenen Goldwerte aus, kann somit bei dem steigenden Bedarf keine Geldentwertung und keine Geldentwertung zur Folge haben.

Interessant ist die Geschichte der Goldproduktion. Das alte römische Reich soll bereits einen Vorrat von 10 Milliarden Mark Gold und Silber gehabt haben. Vom Untergang des

Waldzauber.

Der Schönheit Szepter herrscht ringsum.
Durch grüne Kuppeln gaukeln Straßen,
Die goldne Arabesken malen
Ins dunkle Waldes-Heiligtum.

Blaugraue Felsen schimmern hart
Durch junger Buchen dicht Gedränge,
Durch hohe, lichte Fichtengänge
Mit moos'gem Fuß und Flechtenbart.

Ein Nadelsteppich dämpft den Schritt.
Es tanzen ihren Sommerreigen
Die Gräser an den schmalen Steigen
Und bunte Käfer tanzen mit.

Darüber wölbt sich fattes Blau.
Jetzt singt bezaubernd süß und leise
Ein Vögelein die alte Weise
Von Liebesglück und Nesterbau. M. Schulz.

Wie oft hatte die Betriebsleitung dem Betriebsrat vorgezählt, welche Summen jährlich durch das Kochen mit diesen, lediglich für Betriebszwecke eingerichteten Apparaten der Firma verlorengehen. Warme Getränke verabsolgt die Kantine in jeder Form. Und nun der zweite Direktor in eigener Person — nicht zu glauben...“

Im Ausgang zum Hauptkontor traf Pffiffig den Proturisten S. mit Syndikus Dr. Y. zusammen. Die Herren waren scharf aneinandergeraten. „Der Stahlhelm hat längst aufgehört, eine zuverlässige nationale Organisation zu sein“, sagte der Doktor. „Doch die Nationalsozialistische Arbeiterpartei ist heute sehr stark von jüdischem Kapital abhängig.“ — „Und überhaupt, Arbeiterpartei, ich bitte Sie, unsreiner ist doch kein Arbeiter“, ließ sich Herr S. vernehmen. „Die Uneinigkeit des nationalgesinnten Bürgertums ist unser Unglück in Deutschland...“ — „Und ich sage Ihnen, daß die Direktion politische Diskussionen und Propaganda im Betrieb ein für allemal verboten hat“, pläzte Pffiffig dazwischen. — „Das halten wir noch immer ganz wie wir wollen“, meinte hochfahrend der Doktor. — „Wie kommen Sie mir vor, was machen Sie sich an?“ Herr S. richtete sich auf.



Ja, zum Teufel, galten diese Bestimmungen wirklich alle nur für die Arbeiter? Hatte er, Pffiffig, also doch recht gehabt? Schleunigst zum ersten Direktor und diesem über seine Eindrücke berichten.

„Ist gerade fort“, sagte der Sekretär zu Pffiffig. „Wenn Sie eilen, können Sie ihn vielleicht noch vor dem Tor erwischen.“

Nichtig, vor dem Tor hielt das Auto. Der Herr Direktor wollte gerade einsteigen. „Verzeihung, Herr Direktor, aber Sie haben gewiß eine eilige geschäftliche Sache?“ „Keineswegs, mein Freund aus Paris ist auf der Durchreise nach Wien hier im Hotel abgestiegen, ich muß ihm schnell einen Besuch machen.“



